

Entnommen in vorliegendem Zustand aus  
Wlassow-Material von Jürgen Thorwald.

Dr. Brautigam

25-400/2-2 5

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV

1307/54

Die Frage einer  
Kaukasische Regierung?

32

Mayer

Ribentropp wollte eine kaukasische Regierung machen. So wurde Schulenburg im Januar oder Februar 1942 mit der Bildung beauftragt. Zunächst wurde ein georgisches Komitee gemacht. Ein Mann aus dem alten Haus Bagration wurde ausgegeben. Magomaj gehoerte auch mit zu dem Stab. Nun wurde aber Rosenberg boese. Er wandte sich an Hitler und wollte die Vorbereitungen fuer die kaukasische Regierung, da die Sache doch zu ihm gehoere, selbst treffen. Im Juli 1942 Bescheid von Hitler: Nur das OM zustaendig, auch fuer die politische Vorbereitung noch zu besetzender Gebiete, in diesem Fall also den Kaukasus. Schulenburg musste die von ihm ausgesuchten Leute hergeben. So kamen sie zum OM und damit zu Mende.

Haus Alsenstr. 17, Berlin-Mannsee, nette, etwas protzige Villa aus der Gruenderzeit, gut eingerichtet, alles atmete ukrainischen Geist. Hier sass der Hetman Skoropadeki. Er sprach deutsch und auch gut russisch. Er besass merkwuerdigerweise diplomatische Vorrechte. 1941 etwa 72 Jahre alt. Sohn in England. Sk. ist 1945 gestorben.

Sk. hat immer gedraengt, dass ein ukrainische Regierung gebildet wuerde, meinte im Stände zu sein, 2 Millionen Mann gegen die Sowjets aufzustellen. Es wurden vom Meer aber nur ukrainische Arbeitsbtl. gebildet, keine kaempfenden Btl. Allerdings machte die SS dann eine westgalizische Div. Auch die SS wagte nicht, diese Div. ukrainisch zu nennen (Einfluss Koch !)

00001

Wegen der Wlassow-Bewegung war Sk. sehr aufgebracht. Er versuchte immer wieder grossere Aktionen mit ukr. Kgf. Koch hielt aber konstant dagegen. Es wurde zwar noch eine ukrainische Betreuungsstelle gildet. Sie hatte aber im wesentlichen nur caritative Bedeutung. Leiter der ukr. Betreuungsstelle war der ehem. Buergermeister von Charkow, Simonjenko. Dieser war aber keine Fuehrerpersoenlichkeit und wurde ausserdem von Sk. beargwohnt. So also kein grosser Erfolg.

Die Entstehung der Freiwilligen-Bewegung kann korrekter und ausführlicher geschildert werden: Bis zum offiziellen Entscheid über die Aufstellung von Freiwilligen-Einheiten im November 1941 gab es verschiedene Versuche der Aufstellung kleinerer Verbände, meist von der Abwehr lanciert, z.B. "Roland" - Ukrainer, "Bergmann" - Kaukasier, "Tamara I u II" - georgische Emigranten, "Turkestaner unter Major Mayer-Mader, "Graukopf-Russen usw. Im Herbst 1941 regten zwei türkische Generale, die zum Besuch im Hauptquartier waren, die Aufstellung eines schahmedanischen Freiwilligen-Verbandes an. Das wurde vom Wehrmachtsführungsstab aufgegriffen. Einspruch des Ostministeriums: Freiwilligenverbände ja, aber nicht auf religiöser Basis, sondern auf nationaler. Daraus folgte in Abstimmung mit Org.-Abt. OKH Aufstellung der Turk,- und Kauk.- Legionen im GC. (Turkestaner, Georgier, Armenier, Nordkaukasier und etwas später Wolgatataren) und zugleich die Legalisierung gemischter russischer-ukrainischer-weissruthenischer Bataillione. Das erste Freiwilligen Feldbat. 450 (1. turkestanisches), das im November 1941 unter Major Mayer-Mader zum Einsatz kam.

Seite 21. unten:

Turkestaner ist der Sammelbegriff. Turkmenen, Kirgisen, Usbeken, Tadschiken und Kasachen zählen alle zu den Turkestanern.

28-600/2-5

7

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-400/2-6

Ereignisse und Gerüchte  
der Ostpolitik

Ergänzungen Bräutigam

34

~~zu SD sehr innen gestapelt~~ Ostpolitik.   
 mit reiner   
 ✓   
 7

Bereits im Herbst 1941 meldeten sich zahlreiche Gefangene und Überläufer, um an der Seite der deutschen Wehrmacht zu kämpfen. Hitler war absolut dagegen, aber er es sich versah, stand z.B. ein Kontingent von über 13.000 Esten. Hitler wollte erst die Verbände auflösen lassen, bestimmte dann aber, dass sie für Polizeizwecke bestehen bestehen bleiben könnten. Auf keinen Fall wollte er Verbände aus den Reihen der slawischen Völker, also Russen, Ukrainer, Weissruthenen. Die völkische Gliederung der Kriegsgefangenen führte dazu, dass sich führende Persönlichkeiten der Emigration aller dieser Völker meldeten und sich vor allem für die Kriegsgefangenen ihrer Nationalitäten interessierten, z.B. Georgier, Aserbeidshaner, Armenier, Turkestaner usw. Mit diesen Führern der Emigration hatte besonders Prof. von Mende Verbindung, weil er eine Professur für die Völker der Sowjetunion an der Posener und später Berliner Universität hatte. Deswegen hatte er schon vor dem Kriege ständig Fühlung mit diesen Kreisen, die sich nun an ihn wandten, vor allem als von Mende in das Ostministerium übernommen wurde. Es bildeten sich Vertretungen aller dieser Völker, die den Namen Nationalkomitees annehmen wollten, die aber von Hitler abgelehnt wurden. Offenblieb die Frage der drei slawischen Völker. An die ukrainische Frage traute man sich überhaupt nicht heran, nachdem die seinerzeit in Lemberg spontan sich bildende ukrainische Regierung aufgelöst und die Mitglieder ins Konzentrationslager auf Weisung Hitlers überführt worden waren. Ausserdem liess die Person des Reichskommissars Koch in der Ukraine überhaupt keine positive Ukrainepolitik im Zusammenwirken mit ukrainischen Emigrantenführern zu. Auch eine weissruthenische Emigrantenführung war zunächst nicht vorhanden, das es weissruthenische Organisationen im Ausland nicht gab. Es blieb die russische Frage übrig. Angesichts der ablehnenden Haltung Hitlers gegenüber den slawischen Völkern war auch Rosenberg an der russischen Frage nicht interessiert, zumal er voraussichtlich noch lange warten musste, bis rein russische Gebiete an die

Zivilverwaltung abgegeben wurden. Tatsächlich hat er solche Gebiete nie erhalten. Mit der russischen Emigration war es schwer, Politik zu machen, da sie erstens in sich sehr stark gespalten waren (zwei Richtungen Monarchisten, Menschewisten, Sozialrevolutionäre, Konstitutionelle Demokraten (Kadetten)), und zweitens die russische Emigration, die das einheitliche Russland der Zarenzeit kannte, für eine positive Politik gegenüber den übrigen Völkern der Sowjetunion kein Verständnis aufbrachte.

Als die russischen Kriegsgefangenen hörten, dass es zahlreiche Vertreter vor allem der nicht slawischen Völker der Sowjetunion gab, die sie auch selbst sehen, wenn sie <sup>die</sup> Kriegsgefangenenlager besuchten, stellte sich immer häufiger die Frage, auch nach einer russischen Interessenvertretung. Da eine solche aus der Emigration wie gesagt nicht gewonnen werden konnte, ergab sich im Januar 1942 in einem Gespräch zwischen Prof. Dr. Oberländer und dem Leiter der Abteilung Allgemeine Politik, Dr. Bräutigam, die Frage, ob es nicht zweckmässig sei, aus den Kriegsgefangenen russischen Generalen einen solchen Vertreter zu gewinnen, der eine Kristallisationspunkt für alle den Bolschewismus ~~ablehnenden~~ ablehnenden Russen werden sollte. Oberländer wies auf den franz. General De Gaulle hin, der gleichfalls alle Franzosen um sich sammelte, die mit der Regierung Laval-Petain, also mit einer Zusammenarbeit mit Deutschland, nicht einverstanden waren. Das Beispiel De Gaulles fand bei Bräutigam deshalb besonderen Anklang, weil auch er militärische und zivile Funktionen in sich vereinigte.

Nach dieser Unterredung fertigte Bräutigam eine Aufzeichnung über dieses Gespräch an mit dem Vorschlage, durch die zuständige Wehrmachtsstelle einen solchen General ausfindig zu machen. Diese Aufzeichnung wurde Rosenberg vorgelegt, der sich erbot, die Stellungnahme Hitlers hierzu einzuholen. Rosenberg fasste die Rolle des russischen Vertreters so auf, dass dieser lediglich eine Art Sprecher der russischen Kriegsgefangenen sowie der russischen Arbeiter sein würde, von denen die ersten ~~dann~~ damals ins Reich kamen.

*Bräutigam mit*

Kurz nach dieser Unterredung fand eine Besprechung zwischen Hauptmann von Grote, von der Abteilung WPr statt, der das Ministerium alle paar Tage besuchte, um Informationen einzuholen und Propagandafragen zu besprechen, denn die Abteilung WPr war zuständig für alle Presse- und Propagandafragen in den besetzten Gebieten, soweit sie der Militärverwaltung unterstanden.

Bräutigam besprach mit von Grote die Idee, einen russischen De Gaulle herauszustellen und hierfür einen geeigneten kriegsgefangenen russischen General ausfindig zu machen. Von Grote war sofort Feuer und Flamme für diese Idee und erklärte, unverzüglich Nachforschungen anzustellen. Von Grote war ein Russlanddeutscher, der früher die russische Staatsangehörigkeit besessen hatte, im ersten Weltkrieg in einem russischen Kavallerieregiment gekämpft hatte, nach dem Zusammenbruch Russlands nach Deutschland geflüchtet war und die Danziger Staatsangehörigkeit angenommen hatte. Er widmete sich der Journalistik und war später beim deutschen Nachrichtenbüro, dessen Vertreter er viele Jahre lang in Paris war. Von Grote war mittelgross, blond, intelligent, sehr fleissig, besonders wenn er sich für <sup>irgend</sup> eine Idee einsetzen zu müssen glaubte. Obwohl ihm die grossrussische Idee ohne Zweifel mehr lag als altem zaristischem Offizier, hat er die Rosenberg'sche Konzeption ~~übernommen~~, die einzelnen Völker der Sowjetunion einzeln anzusprechen, unterstützt und seine Propagandatätigkeit ebenso sehr auf die anderen Völker der Sowjetunion wie auf die Russen erstreckt. Von Grote war zu Beginn des Ostfeldzuges Sonderführer in der Abteilung OKW/WPr. Wehrmacht-Propaganda sass zunächst in der Bendlerstrasse, später Viktoriastrasse 10. Kurze Zeit nach Beginn des Russlandkrieges wurde Grote Leutnant und avancierte dann sehr schnell zum Hauptmann, wobei man auf seine frühere Stellung im russischen Heer Rücksicht nahm. In Preobraschenski-Regiment war er Rittmeister gewesen.

Nach einigen Tagen teilte von Grote Bräutigam mit, dass er bereits kriegsgefangenen russische General<sup>e</sup> ausfindig gemacht habe, die sich für den gedachten Zweck zur Verfügung stellen wollten.

Am 15. Februar trug Rosenberg an Hand der ihm mitgegebenen Aufzeichnung die Frage Hitler vor, der aber kategorisch ablehnte, dafür aber Rosenberg an diesem Tage die neue Agrarordnung genehmigte, die eine Auflockerung der früheren Kollektivverfassung bedeutete.

Der General, der von Grote am meisten geeignet erschien, war ein General namens Lukin.

Als die Absage Hitlers kam, wurde zwischen Grote und Bräutigam vereinbart, dass die drei Generale in einem Sonderlager (Dabendorf) gehalten würden, damit sie jederzeit zur Verfügung ständen, da sicher damit gerechnet werden könne, dass auch die Frage einer russischen Vertretung eines Tages wieder aufs Tape~~k~~ kommen würde. Von Grote teilte Bräutigam mit, dass sein Chef, General von Wedel, hiermit einverstanden sei.

Wie zu erwarten war, stellte sich im Laufe des Jahres 1942, angesichts der enormen Zahl russischer Kriegsgerfangen<sup>r</sup> und der immer grösser werdenden Zahl russischer Arbeiter im Reich die Frage immer dringender. Gegen Ende des Jahres 1942 wurde Rosenberg daher ~~angezogen~~ erneut gebeten, die Frage der Herausstellung eines kriegsgefangenen russischen Generals zur Vertretung der russischen Interessen Hitler vorzutragen. Hitler erklärte sich schliesslich damit einverstanden, und zwar war dies am 12. Januar 1943, gerade am <sup>50.</sup> Geburtstag Rosenbergs. Als nun WPr sich erneut mit den russischen Generalen in Dabendorf in Verbindung setzte, lehnten diese ab mit der Erklärung, sie hätten inzwischen erkannt, dass es Deutschland nicht so sehr darauf ankomme, den Bolschewismus zu vernichten, als sich selbst Lebensraum im Osten zu verschaffen.

an Heindrichsgehech

Die Absichten, die Deutschland im Osten habe, seien ihnen unklar, aber sehr verdächtig. Infolgedessen wollten sie sich der ihnen zugedachten Aufgabe nicht mehr unterziehen (diese zweite Phase der Entwicklung habe ich nicht selbst bearbeitet, da ich damals abwesend war. Ich habe sie in dieser Form von Prof. von Mende gehört, der mich während meiner Abwesenheit in dieser Frage vertreten hatte.)

WPr ging nun auf die Suche nach einem anderen geeigneten General und stiess auf den General A.A. Wlassow, dessen Namen in der Roten Armee einen besonderen Klang hatte und der für die Durchführung für die ihm zugedachten Aufgabe, sehr geeignet erschien.

18. April 1943 Telegramm von Keitel an das Ostministerium. Hitler wünsche, dass General Wlassow nur für propagandistische und wirtschaftliche Fragen eingesetzt werden dürfe, und dass er keinesfalls an die Spitze eines russischen Nationalkomitees zu stellen sei.

10. Mai 1943 Schreiben <sup>Wagner</sup> ~~Jodels~~ an Rosenberg, dass die gegenwärtige Kriegslage (Niederlage bei Stalingrad, Ausfall von 5 Armeen, eine deutsche, eine <sup>ukrainische</sup> ukrainische, eine italienische, zwei rumänische) eine bessere Unterstützung von der politischen Seite her erforderlich mache und dass sich der WFST besonders viel von der Wlassow-Aktion verspreche, angesichts der grossen Erfolge, die bereits das erste Auftretens Wlassows bei der russischen Bevölkerung gehabt habe. Da es sich hierbei um eine politische Angelegenheit handele, bäte er Rosenberg, die Genehmigung des Führers für eine Intensivierung der Wlassow-Aktion zu erwirken.

25  
26. und 28. Mai 1943 Wlassow-Besprechungen im OKH. Die zweite auf Wunsch des OKH unter dem Vorsitz eines Herrn des Ostministeriums. Das OKH hatte uns mitteilen lassen, dass drinend eine Wlassow-Besprechung unter dem Vorsitz des Ostministeriums stattfinden solle. Generalquartiermeister Wagner. Da es sich um eine politische Frage handele, müsse das Ostministerium den Vorsitz

haben. Sie wollten sich nicht exponieren. Es war schwer festzustellen, wer dafür zuständig war. Man bäte aber trotzdem, die Sitzung nicht in Berlin, sondern im OKH stattfinden zu lassen, da eine grössere Anzahl von Abteilungen des OKH an der Sitzung teilnehmen sollten. Sie könnten unmöglich alle die Reise nach Berlin antreten. Diese Sitzung fand am 28. Mai unter dem Vorsitz von Bräutigam statt in Mauerwald, im Sitzungssaal der Abteilung Kriegsverwaltung. Auf diese Aufforderung des OKH hin schlug die Hauptabteilung Politik vor, den Gauleiter Meyer zu entsenden. Dieser sträubte sich jedoch. Er ging zu einer Sitzung nur, wenn da auch andere Minister und Staatssekretäre waren. Das hielt er sonst unter seiner Würde. Er hat sich nicht Staatssekretär nennen lassen, da er als Reichsstatthalter von Lippe Ministerrang hatte. Er nannte sich ständiger Vertreter. Er war im ersten Kriege Hauptmann gewesen und nach dem Zusammenbruch hat er eine Weile als Steiger im Bergbau gearbeitet. Er konnte gut mit einfachen Leuten umgehen, war ein guter Volksredner. Er wies z.B. auf die grosse Arbeitslosigkeit hin "da kam unser Führer". Er hat immer auf die Tränendrüsen gedrückt. Er hatte sich später kaufmännisch betätigt, war frühzeitig zur Partei gestossen und dort bis zum Gauleiter Westfalen Nord aufgerückt. Später bei der Zusammenlegung der beiden Dienststellen wurde er auch Oberpräsident von Westfalen Nord, als Nachfolger des <sup>Franken</sup>früheren von Lünig mit dem ihn auch später eine Freundschaft verband. Lünig wurde nach dem 20. Juli wegen Zusammenarbeit mit Gördelner hingerichtet. Meyer war wenig intelligent und vor allem stand er allen Ostproblemen völlig verständnislos gegenüber. Er war sehr nett im Umgang und vor allem Rosenberg gegenüber sehr loyal. Er hat nie etwas gegen dessen Wunsch getan. War äusserst unselbständig, traf selbst so gut wie nie eine Entscheidung, sondern legte alle Fragen Rosenberg vor, so dass er für diesen eher eine Belastung als eine Entlastung war. Er hat sich auch nicht bemüht, mit den Ostfragen vertraut zu werden. Er stürzte sich auf die reinen Verwaltungssachen. Er war der eigentliche Chef der Hauptabteilung Verwaltung.

Meyer

Er erschien nie ohne Bunte oder von Allwörden, früher Senator in Hamburg. Bräutigam wurde beauftragt, diese Sitzung zu leiten, da er erstens vorher der Sachbearbeiter gewesen sei und zweitens der Verbindungsoffizier des Ostministerium zum OKH sei, also die dortigen Herren genauestens kenne. In der Begleitung Bräutigams befanden sich Prof. von Mende und Dr. Knüpfer. Die Instruktionen Bräutigams lauteten dahin, (Leibbrandt hatte täglich um 10.00 Uhr seinen Termin bei Rosenberg, wenn er nicht da war, ging ich hin): Rosenberg ist bereit, die Wlassow-Sache erneut Hitler vorzutragen, wenn er hierzu eine Aufforderung von Hitler selbst erhielte. Er hielt es jedoch für zweckmässig, dass ein gemeinsamer Vortrag eines massgebenden Herren der Wehrmacht und von ihm stattfinden würde. Für geeignet würde er General Jodel als Chef des WFST halten, zumal sich ja dieser auch an ihn gewandt habe. Den Termin bei Hitler müsse aber die Wehrmacht erwirken, da ja die Notwendigkeit der Intensivierung der Wlassow-Aktion mit der militärischen Lage begründet werde, die er, Rosenberg, ja nicht übersehen und infolge dessen auch Hitler nicht gut vortragen könne.

Die ~~Sachverhalt~~ Sitzung verlief sehr stürmisch. Von Seiten der Wehrmacht waren etwa 20 Herren erschienen, fast alle im Stabsoffiziersrang. Von Grote war auch dabei. Die Äusserungen der Herren der Wehrmacht waren durchweg auf den gleichen Tenor abgestellt, dass der Krieg unbedingt stärkere politische Unterstützung erfordere und dass es geradezu ein Geschenk des Himmels sei, eine Person wie Wlassow gefunden zu haben, der geeignet sei, über die Linien auf den russischen Soldaten dahin einzuwirken, nicht weiter für den Bolschewismus zu kämpfen, der nur ~~Leid~~ Leid über sein Land gebracht habe. Es sei geradezu ein Verbrechen, diese Chance nicht auszunützen. Verschiedene Herren gingen so weit, den sicheren Verlust des Krieges in Aussicht zu stellen oder diese Möglichkeit mindestens anzudeuten, wenn nicht von der durch Wlassow gebotenen Möglichkeit Gebrauch gemacht würde.

Bräutigam konnte sich nur gemäss seiner Instruktion äussern, versprach aber, nach seiner Rückkehr Rosenberg den ganzen Ernst der Situation vorzutragen und weiter im Sinne der gestellten Anträge auf ihn einzuwirken. Bräutigam wies allerdings mit Entschiedenheit darauf hin, dass von Rosenberg nicht verlangt werden könne, dass er allein die Wlassow-Sache Hitler vortrage mit der Begründung, dass die militärische Lage die Aktion erfordere.

Während der etwa zweistündigen Verhandlung wurde Bräutigam an den Apparat gerufen, wo ihm Dr. Leibbrandt ziemlich aufgeregt mitteilte, man habe über Dr. Köppen von sehr abfälligen Ausserungen Hitlers über die Wlassow-Aktion gehört. Rosenberg warne mich daher, irgendwelche Zugeständnisse zu machen, die über meine Instruktionen hinausgingen und mich überhaupt angesichts dieser neuen Sachlage möglichst reserviert zu verhalten.

Nach dieser Sitzung hatte Bräutigam eine längere Unterredung mit Altenstadt, der sich äusserst pessimistisch äusserte und erklärte, dass er sich von der Aktion nichts verspreche. Hitler renne in sein Verhängnis hinein und alle vernünftigen Schritte bleiben an Keitel hängen, der bestimmt auch die Wlassow-Aktion in irgendeiner Form abwürgen würde. Als auch während der Sitzung die Frage erörtert wurde, wie man erneut an Hitler herankommen könne, wurde von verschiedenen Vertretern des Heeres erklärt, dass man nicht darauf bauen könne, dass Keitel die Aktion irgendwie fördern würde. Sobald der Name Keitel fiel, war zu beobachten, dass eine Reihe von Offizieren wegwerfende Handbewegungen machte. Andererseits konnte aber auch niemand der Offiziere sagen, wie man an einer militärischen Frage unter Umgehung Keitels an Hitler herankommen könne. Altenstadt sagte, er sei absolut pessimistisch und müsse an den alten griechischen Spruch denken: "Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie vorher mit Blindheit". -

Als Bräutigam nach Berlin zurückgekehrt war, fertigte er eine Aufzeichnung über die Sitzung an. Die Aufzeichnung begann ungefähr mit folgenden Worten: "Sämtliche anwesenden Vertreter der verschiedenen Abteilungen des Gen St d H waren übereinstimmend der Ansicht, dass der Krieg verloren sei, wenn nicht von politischer Seite eine wesentliche Unterstützung käme." Dass in diesem Falle der Krieg verloren sei, wurde zwar nicht mit diesen Worten geäußert, aber aus allen Ausführungen konnte kein anderer Sinn herausgelesen werden."

Bräutigam legte die Aufzeichnung Rosenberg persönlich vor und hatte mit ihm eine Unterredung, in der er ihm das grosse Vertrauen vorhielt, das die Wehrmacht ihm entgegenbringe und die Wichtigkeit unterstrich, die die Wehrmacht seinen Schritten in dieser Angelegenheit beimesse.

Rosenberg erklärte, sich erneut für einen gemeinsamen Vortrag mit dem General Jodl zur Verfügung zu stellen, wenn er hierzu aufgefordert werde. Er werde auch an Köppen schreiben, dass dieser sich deswegen mit Jodl ins Benehmen setze. Die Besprechung müsse aber vor dem 3. Juni stattfinden, da er ja an diesem Tage seine lang geplante und vorbereitete Reise in die Ukraine antreten würde.

Vor der Abreise Rosenberg's traf keinerlei Mitteilung aus dem Führerhauptquartier ein. Einige Tage später jedoch, wohl am 8. Juni traf ein Fernschreiben von Keitel in einer anderen Frage ein, an das der folgende Passus angehängt war: "Bei dieser Gelegenheit kam der Führer von sich aus auf die Wlassow-Angelegenheit zu sprechen. Er verbot kategorisch, jeden weiteren Einsatz von Wlassow in den besetzten Ostgebieten (Ergänzung Herre) und dass niemand an die Realisierung der Wlassow gemachten Versprechungen glauben dürfe. Damit erübrigt sich auch der beantragte gemeinsame Vortrag des Generals Jodl und des Reichsminister Rosenberg beim Führer".

Nach dieser erneuten Abfuhr war WPr, das nach wie vor Wlassow betreute, noch vorsichtiger und hielt ihn in Dabendorf zurück. In der Folgezeit wurden noch sehr heftige Ausserungen Hitlers und Himmlers über Wlassow bekannt, dem sogar die Verhaftung gedroht haben soll. Etwa ein Jahr später, im August 1944, besuchte Gunter D'Algen <sup>gauen</sup> Wlassow, war von ihm begeistert und brachte <sup>im September</sup> eine Zusammenkunft Wlassow-Himmler zustande. An dieser Zusammenkunft nahm SS Obergruppenführer Berger, der Leiter des SS-Hauptamtes, teil, das sich seit Berger's Eintritt in das Ostministerium immer intensiver mit Ostpolitischen Fragen befasste. Über diese Besprechung wurde ein Protokoll angefertigt, das jedoch dem Ostministerium offiziell nicht übersandt wurde, in das Bräutigam aber während eines Besuches im SS-Hauptamt Einblick gewährt wurde. In dieser Unterredung hat Wlassow durchaus loyal gefragt, ob er nur für die Russen oder ob auch für die anderen Völker Russlands herausgestellt werden solle. Himmler erwiderte offenbar, ohne sich der Tragweite seiner Ausserung bewusst zu sein, dass es wohl am Einfachsten sei, wenn Wlassow an die Spitze aller Freiwilligenverbände aus den Völkern der Sowjetunion gestellt würde und gleichzeitig die Betreuung aller Zivilisten übernehme, sowie eine Instanz bilde, die gleichzeitig die Aufsicht über die Verwaltung der besetzten Ostgebiete mit Ausnahme der Baltischen Staaten übernehme.

Kurz darauf fand eine Besprechung Himmlers mit Hitler statt. In der er dessen Genehmigung zu der Wlassow-Aktion einholte. Hitler gab nur sehr widerwillig seine Zustimmung und äusserte zum Schluss: "Halten Sie in der Sache aber Fühlung mit dem Auswärtigen Amt". Das SS-Hauptamt fasste dies als einen Führerbefehl auf, lehnte künftig jede Zusammenarbeit in der Wlassow-Frage mit dem Ostministerium ab und nahm die Fühlung mit dem A.A. auf.

Das Auswärtige Amt ging nur sehr <sup>zögernd</sup> ~~zögernd~~ und ungerne darauf ein, da es bisher das Prinzip verfolgt hatte, mit Wlassow nichts zu tun haben <sup>zu</sup> wollen, damit es die Hand frei habe, für eventuelle spätere Waffenstillstands- oder Friedensverhandlungen mit der von Deutschland anerkannten Sowjetregierung. Auch war das Auswärtige Amt über die ganze Entwicklung der Wlassow-Frage nicht informiert. Staatssekretär von Steenkracht sandte daher noch spät am Abend den Botschaftsrat Hilger zu Bräutigam, mit der Bitte zu einer Unterredung ins Auswärtige Amt zu kommen. Steenkracht, der infolge einer leichten Erkrankung zu Bett lag, empfing Bräutigam mit den Worten: "Wie sehr wir Sie uns noch zu den Unsrigen zählen, ersehen Sie daraus, dass ich Sie hier im Bett liegend empfangen". (Steenkracht stammt aus einer nieder-rheinischen Gutsbesitzerfamilie, offenbar holländischer Abstammung, die in der Nähe der deutsch-holländischen Grenze ansässig war. Er war etwa 50 Jahre alt, mittelgross, blond, keine auffallende Erscheinung. Er war auf Grund persönlicher Bekanntschaft seiner Familie mit der von Ribbentrops ins Auswärtige Amt gekommen, wo er zunächst im Protokoll tätig war und später den Botschafter Höwel bei dessen Abwesenheit im Führerhauptquartier vertrat. Dort war er mit Ribbentrop häufiger in Berührung gekommen, so dass dieser ihm, also 1943, nach der Versetzung des Staatssekretärs von Weizäcker als Botschafter zum Vatikan, die Nachfolgeschafft Weizäckers im Auswärtigen Amt gab. Er war intelligent, verbindlich, aber wohl seiner schwierigen Aufgabe nicht gewachsen, er hatte nicht die Vorbildung. Er war aber für Ribbentrop bequemer als sein Vorgänger, der über eine ausserordentliche Erfahrung und Sachkenntnis verfügte.) Steenkracht fragte Bräutigam, ob er bereit sei, nunmehr via Auswärtiges Amt die Bearbeitung der Wlassow-Sache zu übernehmen, nachdem er vorher im Ostministerium damit betraut gewesen wäre. Das Ausw. Amt sei nun einmal vom Führer eingeschaltet worden und könne sich dieser Aufgabe nicht entziehen. Bräutigam erwiderte, dass dann doch

HEWEL

Zunächst seine Rückkommandierung erforderlich sei, die vom Auswärtigen Amt wohl beantragt werden müsse. Er habe ja schon vor geraumer Zeit diese Rückkommandierung beantragt, darauf aber bisher noch keinen Bescheid erhalten. Steenbracht dankte Bräutigam für seine Bereitwilligkeit und erklärte, dass weitere Veranlassen zu wollen. Er fragte B. noch, wie sein Verhältnis zu dem Obergruppenführer Berger sei. B. erwiderte, dass dieser seit einem Jahr in Ostministerium sein Chef gewesen sei, und er mit ihm niemals Schwierigkeiten gehabt hätte. Am nächsten Tage rief Hilger bei B. an und teilte ihm mit, dass er selbst das A.A. beim SS-Hauptamt vertreten werde, da Berger gegen meine Bestellung <sup>v</sup>geäußert habe. Auf die Frage, welcher Art diese Bedenken seien, erwiderte Hilger, dass Rosenberg der Rückkommandierung <sup>B.</sup>bestimmt nicht zustimmen würde, da er sich sehr verletzt darüber fühle, dass nicht er sondern das Ausw. Amt in die Sache eingeschaltet sei. Ausserdem sei Berger nicht sicher, dass B. angesichts der Konzeption Rosenbergs an einer Unterstellung aller nicht-russischen Freiwilligenverbände unter Wlassow mitwirken würde.

*Beachten*

Die Betrauung Wlassow's mit der Führung auch der nicht-russischen Verbände führte zu zahlreichen mündlichen und schriftlichen Protesten der Führer dieser Verbände und zwar in verschiedenen Kollektiv<sup>schriften</sup>~~schriften~~, die diese Führer unternahmen. Während bisher diese Führer stets einzeln aufgetreten waren, hatte die gemeinsame Angst vor einer Unterstellung unter Wlassow sie zusammengeführt, so dass die Eingaben an das Ostministerium, die übrigens auch an ~~an~~ andere Dienststellen, z.B. OKW, Auswärtiges Amt, General der Freiwilligenverbände, gerichtet wurden, die Unterschriften aller dieser Führer trugen. Z.B. für die Ukrainer Bandera, Melnik, Skoropatzki, für die Kosaken General Krasnow. ~~z.B.~~ Ferner die Führer der Georgier, Armenier, Aserbeidshaner, Krimtataren, Kasantataren, Turkestan~~er~~ und Weissruthenen, Nordkaukasier. Rosenberg leitete Abschriften aller dieser Eingaben

an Keitel mit der Bitte, sie dem Führer vorzulegen, sowie an Himmler. Rosenberg erhält aber hierauf keine Antwort. Schliesslich wandte er sich in einem persönlichen Schreiben an Himmler und bat ihn um eine Zusammenkunft. Falls Himmler nicht abkömmlich sei, sei er, Rosenberg, bereit, ihn in seinem Feldquartier aufzusuchen. Trotz Anmahnungen hat Rosenberg hierauf eine Antwort nie erhalten.

Alle die bisherigen Führer der nicht-russischen Völker der Sowjetunion hatten sich geweigert, an den Feierlichkeiten in Prag teilzunehmen. Da das SS-Hauptamt aber Wert darauf legte, dass auch Vertreter der nicht-russischen Völker zugegen seien, wurden in aller Eile solche Vertreter ausgewählt und nach Prag geschickt. Es handelte sich um bisher völlig unbekannte Leute. Rosenberg legte Wert darauf, dass sein Ministerium angesichts der ihm offiziell niemals abgesprochenen Zuständigkeit in Prag vertreten sei und bestimmte hierfür Bräutigam, nachdem er dies vorher mit Berger telephonisch vorher abgesprochen hatte. Der Sachbearbeiter im SS-Hauptamt war ein Baltendeutscher, Oberführer Kröger, der seinen Amtssitz ins Auswärtige Amt verlegt hatte und nun ein Dienstsizimmer neben Hilger hatte. In Prag begegnete Bräutigam Kröger nachts um 3.00 Uhr auf der Treppe des gemeinsam bewohnten Hotels. Kröger, offenbar schon unter dem Einfluss des Alkohols, brüllte Bräutigam an, was er eigentlich hier zu suchen habe, nachdem das Ostministerium sich gegen die Wlassow-Aktion gestellt habe, sei es eine unerhörte Provokation, einen Vertreter des Ostministeriums hierher zu entsenden. Er betrachte meine Tätigkeit überhaupt als eine Tätigkeit, die der offiziellen Politik zuwiderlaufe. Ich müsse mit den Folgen einer solchen Handlungsweise rechnen. Ich erwiderte Kröger, dass das Ostministerium sich nicht gegen die Wlassow-Aktion gestellt habe, sie im Gegenteil, was das SS-Hauptamt früher sogar schriftlich anerkannt habe, die Wlassow-Aktion nicht nur gestartet, sondern auch nach Kräften gefördert habe, allerdings immer mit der Massgabe, dass Wlassow nur über Russen gesetzt würde. Kröger gab dies zu, erklärte aber, es sei doch jetzt

eine andere Lage, der man sich anpassen müsse. Im übrigen sei Wlassow bereit, auf die Belange der anderen Völker weitgehend Rücksicht zu nehmen, wie er dies jetzt selbst betont habe. Im übrigen erklärte Bräutigam, er hoffe, dass seine Tage im Ostministerium gezählt seien, so dass er dem SS-Hauptamt nicht mehr lästig fallen würde. Kröger erwiderte, es sei ihm wohl bekannt, dass ich als Leiter einer Wirtschaftsdelegation für die Slowakei in Aussicht genommen sei und er könne mir nur raten, diesen Posten so schnell wie möglich anzutreten (Da die Slowakei in den nächsten Tagen verloren ging, scheiterte dieser Plan). Kröger beruhigte sich jedoch nicht, sondern blieb dabei, dass mein Auftreten hier eine Provokation sei. Auch der Hinweis, dass ich auf Veranlassung Bergers eine offizielle Einladung des SS-Hauptamtes erhalten hatte, und bei allen Veranstaltungen meiner Dienststellung entsprechend plaziert worden wäre, vermochte ihn nicht zu beruhigen. Ich hörte später, dass er über die zahlreichen weiter geleiteten Proteste der nicht-russischen Völker verärgert war in der Annahme, dass diese Proteste vom Ostministerium - und hier hatte er wieder mich in Verdacht - veranlasst worden sei. Dies traf aber nicht zu. Hinzu kam, dass nach Mitteilung meiner Gewährsleute, dass Kröger im SS-Hauptamt selbst grosse Schwärigkeiten hatte, als das SS-Hauptamt sich 1943 in die Ostprobleme immer mehr einschaltete, und Berger im Personalunion auch den Führungsstab Politik im Ostministerium leitete, hatte das SS-Hauptamt entsprechende Referate eingerichtet, z.B. ein Referat Ukraine (Dr. Arnt), Turkestan, Kaukasus usw. Alle diese Referenten nahmen nun die Interessen ihrer Schutzbefohlenen wahr und erhoben gleichfalls Bedenken gegen die Unterstellung der nicht-russischen Völker unter Wlassow. Denn auch diese Referenten hatten ja inzwischen die Verbindung mit den Führern dieser Völker aufgenommen und standen somit selbst unter dem Eindruck der Enttäuschung dieser Führer. An 15 I 1945 hat Bräutigam im AA

rnich.

25-400/2-20

8

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

25-400/2-21

Brüutigam

Juni 1950

Institut für Zeitgeschichte München ARCHIV
1307/54

Dr. Brüutigam!

Erfahrungen mit den Freiwilligen aus dem russischen  
Raum im Kampf mit dem Bolschewismus 1941 - 1945

1.) Vorbemerkung.

Die vorliegende Ausarbeitung des Generals der Freiwilligenverbände, des Generals KOESTRING, beleuchtet das Problem in erster Linie vom militärischen Standpunkt aus, wenn er auch auf die politischen Begleitumstände gelegentlich eingeht. Ein kleiner Nachteil der Arbeit ist, dass General K. erst im Jahre 1943 zum General der Freiwilligenverbände bestellt wurde, somit die Entwicklung in den ersten beiden Jahren des Russlandfeldzuges nicht aus seiner eigenen Tätigkeit kennt. Der Unterzeichnete hat in der für die Gestaltung des Ostraumes zuständigen Zentralstelle des Reichs die Entwicklung von der politischen Seite her, und zwar von Anfang an miterlebt. Er war in manchen der aufgeworfenen Fragen federführend tätig, und zwar in seiner doppelten Eigenschaft als Leiter der Abteilung Allgemeine Politik im Ostministerium und als Verbindungsoffizier des Ostministeriums zum Generalstab des Heeres, sowie zum OKW-Wehrmachtsführungsstab. Die nachstehenden Ausführungen dürften daher als eine eingemessene Ergänzung der Ausführungen des Generals der Freiwilligenverbände dienen.

Eine kleine Vorbemerkung sei noch gestattet. Der General der Freiwilligenverbände ist vor dem ersten Weltkriege in Moskau aufgewachsen, also in einer Zeit, in der die Russifizierung

25-400/2-22

noch einmal lesen vor

Ablösung der Schriftleitung

Verlagszeitung

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

der Völker des von Petersburg beherrschten Raumes und die Förderung der grossrussischen Idee zu den hervorragendsten Merkmalen der zaristischen Innenpolitik gehörten. Der Russe von 1914 nannte z.B. die Ukrainer etwas geringschätzig Kleinrussen. Auch die übrigen Völkerschaften, vor allem in Turkestan und im Kaukasus wurden als Russen bezeichnet. Ihre völkische Zugehörigkeit galt höchstens als eine provinzielle Unterscheidung, wie z.B. Rheinländer und Westfalen in Deutschland. Daher war das zaristische Russland auch ohne Rücksicht auf Volksgrenzen lediglich in Gouvernements eingeteilt. General K. ist offenbar von den damals vertretenen grossrussischen Auffassungen nicht ganz frei geblieben. Ihm ist es daher eine Selbstverständlichkeit, dass alle Freiwilligenverbände aus den Völkern der Sowjetunion einem Grossrussen, General Wlassow, unterstellt wurden. Er hebt auch hervor, dass die Grossrussen die besten Kämpfer auf deutscher Seite gewesen seien, was mit den dem Unterzeichneten bekannten Berichten militärischer Stellen nicht ganz übereinstimmt. Dieses Urteil ist schon deswegen anfechtbar, weil, wie aus den Ausführungen des General selbst hervorgeht, infolge der späten Aufstellung der Wlassow-Formationen die Erfahrungen mit den russischen Verbänden nicht sehr gross waren.

In seinen Ausführungen sind dem General der Freiwilligenverbände einige kleinere sachliche Fehler unterlaufen, die in der Anlage richtig gestellt worden sind.

## 2.) Die politische Gesamtkonzeption.

Es ist eine Tragik des Ostfeldzuges gewesen, dass von der höchsten deutschen Führung klare politische Richtlinien nicht ausgegeben wurden, ja, dass Hitler sogar stets den verhängnisvollen Standpunkt vertrat, im Kriege habe die Politik zu ruhen

und erst nach dem Siege seien die politischen Probleme in Angriff zu nehmen. Es ist ihm offenbar bis zum unheilvollen Ende des Krieges nicht zum Bewusstsein gekommen, dass in jedem Kriege, besonders aber in einem Kriege von derartigen Ausmassen, wie dem 2. Weltkrieg, die Politik der kämpfenden Truppe jede nur erdenkliche Hilfestellung leisten muss, dass noch so gute militärische Leistungen ohne eine entsprechende politische Führung letzten Endes zu keinem Erfolge führen können. Hitlers Gedanke in Bezug auf den Osten war lediglich, während der Dauer des Krieges die besetzten Gebiete soweit wie möglich auszubeuten, sowohl was die Agrarprodukte, Rohstoffe und Industrieerzeugnisse als auch die Menschenkraft selbst anbelangte. Nach dem Kriege sollten die angrenzenden Gebiete, vor allem die Baltischen Staaten, in einem loseren Verhältnis auch die Ukraine und der Kaukasus, unter deutschen Einfluss gebracht werden. Diese Gebiete sollten dem industrialisierten Westeuropa Lebensmittel und Rohstoffen liefern, die dieses mit Fertigwaren zu bezahlen hätte. Industrien sollten den Ostgebieten nur im geringsten Umfang zugestanden werden. Hitler hoffte, so ein wirtschaftlich krisenfestes Gesamteuropa unter deutscher Führung schaffen zu können. Dies war natürlich keine Parole, mit der der Kampf gegen den Bolschewismus im Osten geführt werden konnte. Rosenberg, der "Reichsminister für die besetzten Ostgebiete", sah sich daher veranlasst, noch andere politische Ziele trotz der negativen Einstellung Hitlers aufzustellen. Allerdings erfolgte dies nicht in einer programmatischen Erklärung, da dies Hitler nicht zuließ, sondern mehr durch Parolen, die unter der Hand ausgestreut wurden. Als die deutschen Heere in der Sowjetunion vorrückten, kamen die Deutschen zunächst einmal mit den nichtrussischen Völkern, mit den Litauern, Letten, Esten, Weissruthenen und Ukrainern in Berührung. Von Vertretern aller dieser Völker wurde die Frage nach

der politischen Zukunft gestellt. Dass das bolschewistische System abgeschafft werden sollte, war ihnen bekannt, sie wussten aber nicht, was an Stelle des Bolschewismus treten sollte. Vor allem fragten sie, ob sie wieder in ein grossrussisches Reich eingegliedert werden sollten, oder ob sie ein nationales Eigenleben würden führen können.

Die deutsche politische Führung musste davon ausgehen, dass die Verhältnisse 1941 ganz andere waren, als 1917/18. Damals bestand ein einheitliches russisches Reich, das die nationalen Regungen der in ihm wohnenden nichtrussischen Völker unterdrückt hatte. Die Folge hiervon war, dass es zwar damals gelang, die Baltenstaaten, Finnland und Polen aus diesem Körper herauszulösen, aber nicht Ukraine, die bereits weitgehend assimiliert worden war. 1941 fanden die Deutschen im Osten dagegen einen Bundesstaat vor, in dem administrative, sprachliche und kulturelle Zugeständnisse jedem einzelnen Gliedstaate weitgehend eingeräumt worden waren. Die Sowjets konnte sich dies leisten, weil sie durch ihren Partei- und GPU-Apparat die gesamte Sowjetunion fest in ihrem Machtbereich hatten und ihnen daher diese Zugeständnisse an die nationalen Eigenheiten der Völker nicht gefährlich werden konnten. Die Politik der Sowjetregierung zielte darauf ab, der Welt zu beweisen, dass die Sowjetunion die Unterdrückungspolitik des Zarismus nicht fortsetze, sondern jedem Volk, das sich dem sowjetischen Staatenbund anschliesse, weitgehend Selbständigkeit einräume. Aber der Nationalismus wurde in Moskau genau dosiert. Soweit er das erlaubte Mass überschritt, wurde er als Chauvinismus gebrandmarkt. Erinnerung sei nur an das Aufflammen eines mächtigen ukrainischen Nationalismus in den Jahren 1926/28, der über das von Moskau gestattete Mass nationalen Selbstgefühls hinausging und daher zu schweren Repressalien führte. Zahlreiche ukrainische Persönlichkeiten, darunter führende Kommunisten fielen damals der GPU zum Opfer.

Es lag für die deutsche Politik keinerlei Veranlassung vor, das Rad der Weltgeschichte rückwärts zu drehen und die in der Sowjetunion zusammengefassten Staaten wieder in ein grossrussisches Reich einzugliedern. Wir hätten mit der Verkündung einer solchen Politik uns die sowieso durch unsachgemässe Behandlung schon erschütterten Sympathien der westlichen Randvölker der Sowjetunion noch mehr verscherzt. Trotz des den Führern des 3. Reiches innewohnenden Grossenwahns schmeichelte man sich doch nicht, die gesamte Sowjetunion bis zum Pazifischen Ozean in den deutschen Machtbereich einbeziehen zu können. Es musste also irgendwo eine Grenze gesucht werden, und diese Grenze fiel zunächst einmal mit den Ostgrenzen der erwähnten Staaten zusammen. Selbstverständlich spielte bei diesen Erwägungen auch das altbewährte Rezept des *divide et impera* eine Rolle. Rosenberg fürchtete, dass ein zur vollen Entfaltung seiner wirtschaftlichen Kräfte gelangtes Russland auch im Hinblick auf die grosse und sich schnell vermehrende Bevölkerung im Laufe der Zeit eine immer grössere Gefahr für Westeuropa bilden würde, gleichgültig welches System in diesen Gebieten herrschen würde. Dieser Gefahr konnte in etwa dadurch begegnet werden, dass die nicht-russischen Teile aus dem grossen russischen Raum herausgelöst und ihnen eine weitgehende politische Selbständigkeit gewährt wurde.

Es war also nicht ein fanatischer Russenhass, wie General K. annimmt, der den Ostminister zu dem "absurden Gedanken" führte, (Seite 27), Russland durch Aufteilung in seine Nationalitäten unschädlich zu machen; es waren im Gegenteil durchaus reale politische Erwägungen, die hierzu führten. Deutschland, das als "Befreier vom Bolschewismus" in den Osten vorsties, konnte den

Gliedstaaten der Sowjetunion zum mindesten nicht weniger geben, als es der Bolschewismus getan hatte, d.h. Deutschland musste den einzelnen Gliedstaaten der Sowjetunion die Möglichkeit bieten, über ihr Schicksal selbst zu befinden. Es ist dabei von der deutschen politischen Führung ausdrücklich betont worden, dass die einzelnen Gliedstaaten über ihr Schicksal völlig frei bestimmen könnten, dass sie sich zu irgendwelchen Staatenbünden zusammenschließen, ja, dass Deutschland auch keine Einwände erheben würde, wenn z.B. die Ukraine sich dafür entscheiden würde, ein enges politisches Verhältnis mit Russland einzugehen. Die deutsche Ostpolitik war also nicht auf eine "Aufteilung Russlands" gerichtet, sondern auf eine Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in einem bereits bestehenden bundesstaatlichen System. Selbstverständlich bleibt die Frage offen, ob Hitler im Falle eines Sieges sich genau an diese Konzeption gehalten hätte. In einer Diktatur sind präzise Voraussagen noch weniger möglich als in einer Demokratie.

### 3.) Die Freiwilligen-Verbände.

Kurz nach Beginn des Russlandfeldzuges meldeten sich beim Ostministerium als der für die politische Gestaltung der besetzten Gebiete zuständigen Stelle zahlreiche führende Persönlichkeiten aus der Emigration der Völker des russischen Raumes. Sie alle verlangten neben der Befreiung vom Bolschewismus auch die Gewährung politischer Selbständigkeit. Als Gegenleistung erboten sie sich, Freiwilligenverbände aufzustellen, die an der Seite Deutschlands für die Befreiung ihres Landes kämpfen sollten.

So bildete sich gleich nach der Besetzung Lembergs dort eine ukrainische "Regierung", die jedoch auf Weisung HITLERS aufgelöst werden musste, da ja die besetzten Gebiete zunächst einmal durch Reichskommissare verwaltet werden sollten. Aber die Ukrainer blieben nicht untätig. Sie bildeten von sich aus eine ukrainische Miliz, die sie Deutschland zur Verfügung stellten. Als

am 1. September 1941 der Reichskommissar KOCH in ROWNO sein Amt antrat, war sein erstes, die Auflösung dieser ukrainischen Milizverbände.

Auch in den Baltenstaaten, die von Deutschland die sofortige Wiederherstellung ihrer Souveränität erwarteten, bildeten sich spontan Freiwilligenverbände, die an der Seite Deutschlands kämpfen wollten. Die Verbitterung gegen den Bolschewismus war dort sehr gross, da kurz vor dem deutschen Einmarsch Tausende von Esten Letten und Litauern verhaftet worden waren, um in das Innere der Sowjetunion verschickt zu werden. Besonders rührig waren die Esten. Bereits einige Wochen nach der Besetzung hatte sich dort eine Legion gebildet, die 13 200 Mann stark war und unverzüglich an der Seite Deutschlands in den Kampf eingriff.

Es war nun höchste Zeit, eine grundsätzliche Entscheidung Hitlers herbeizuführen. Die Antwort, die Rosenberg erhielt, war niederschmetternd. Hitler verbot kategorisch die Aufstellung irgendwelcher Hilfstruppen in den besetzten Gebieten mit folgender Erklärung: "Wenn ich diesen Völkern gestatte, mit ihrem Blut an der Niederwerfung des Bolschewismus teilzunehmen, so werden sie mir hierfür eines Tages die Rechnung präsentieren und ich bin hinsichtlich der politischen Gestaltung der europäischen Ostgebiete nicht mehr frei. Wer den Deutschen helfen will, soll in die deutschen Fabriken gehen, um dort deutsche Soldaten für den Fronteinsatz frei zu machen". Ausserdem glaubte Hitler nicht an die Zuverlässigkeit dieser Truppen, was er mit den Worten zum Ausdruck brachte: "Ein tüchtiger Arbeiter hinter der Front ist mir lieber als ein unzuverlässiger Soldat an der Front".

Es wäre nun eine tödliche Beleidigung für die Esten gewesen, wenn man den Soldaten, die sich an unserer Seite bewährt und bereits Blutopfer gebracht hatten, die Waffen wieder abgenommen hätte. Der

Unterzeichnete unternahm daher auf Weisung des Ostministeriums verschiedene Vorstösse im Führerhauptquartier, um wenigstens die Erlaubnis zu erhalten, dass die bereits bestehenden Verbände nicht aufgelöst würden. Dies wurde schliesslich mit der Einschränkung erreicht, dass neue Einstellungen nicht mehr erfolgten und die aufgestellten Verbände lediglich zu Polizeizwecken Verwendung fänden. Bei dieser Einschränkung wären die Verbände infolge ihrer natürlichen Verluste bald der Auflösung verfallen. Es wurde daher nach wiederholten Vorstössen im Wehrmachtführungsstab schliesslich durchgesetzt, dass die bestehenden Verbände auf die gegenwärtigen Stärke immer wieder aufgefüllt werden konnten. Es versteht sich von selbst, dass diese Vorschrift nicht so genau eingehalten wurde.

Als die grosse Zahl von Kriegsgefangenen anfiel, bekundeten die Führer der Emigration aus allen Völkern des russischen Raumes ein grosses Interesse. Durchweg wurde der Wunsch nach gesonderten Lagern für die einzelnen Völkerschaften vorgebracht. Da, wie oben erwähnt, die Wiederherstellung eines nationalen Eigenlebens der einzelnen Völker des russischen Raumes zum Programm der Ostpolitik gehörte, versuchte das Ostministerium diesen Wunsch zu erfüllen. Aber die Wehrmacht machte Schwierigkeiten. Die meisten Kommandanten der Kriegsgefangenenlager zeigten kein Verständnis dafür, dass man nach Georgiern, Armeniern, Aserbeidschanern, Tataren, Turkestanern, Ukrainern usw. forschen wollte. Für sie waren das alles russische Kriegsgefangene, wobei sie mit Recht darauf hinweisen konnten, dass auch im ersten Weltkrieg unter den russischen Kriegsgefangenen keinerlei Unterscheidungen gemacht worden wären. Die Lage änderte sich erst, als es dem Unterzeichneten gelang, entsprechende Weisungen des Wehrmachtführungsstabes zu erwirken. Es gelang dem Ostministerium, verschiedene Lager des Arbeitsdienstes zu erhalten, die als Sonderlager für die einzelnen Völkerschaften aus der Sowjetunion eingerichtet wurden. Es

handelte sich hierbei in erster Linie um die kaukasischen und zentralasiatischen Völker, da der Unterzeichnete in seiner Eigenschaft als Verbindungsoffizier zum OKH erreicht hatte, dass alle estnischen, lettischen und litauischen Kriegsgefangenen, sowie alle ukrainischen Gefangenen, deren Heimatorte von uns besetzt waren, zur Entlassung kamen. Diese Massnahme hat einen hervorragenden Eindruck gemacht und bestimmt vielen Tausenden von Kriegsgefangenen das Leben gerettet. Ausserdem wurde die Verwaltung der Kriegsgefangenen durch diese Massnahme wesentlich entlastet. Als die Scheidung der Kriegsgefangenen nach den einzelnen Völkerschaften allmählich in Gang gekommen war, war es für die Führer der sogenannten Leitstellen leichter, mit ihren Volksgenossen in Verbindung zu treten. Bereits im Herbst 1941 gab es eine tatarische, georgische, armenische, asserbeidzhanische, turkestanische Leitstelle, denen bald weitere folgten. Die Führer der Leitstellen meldeten durchweg, dass zahlreiche Kriegsgefangene und Überläufer bereit seien, an der Seite Deutschlands gegen den Bolschewismus zu kämpfen. Hitler hat dem Drängen der Wehrmacht und des Ostministeriums schliesslich im November 1941 nachgegeben und solche Verbände wenigstens geduldet. Jedoch wurde ausdrücklich bestimmt, dass sie Bataillonsstärke nicht überschreiten dürften. Aber Hitler war nicht mit dem Herzen dabei. Bei dem geringsten Anlass drohte er, die Verbände aufzulösen und sie in den Arbeitseinsatz zu stecken.

Wenn Hitler die Aufstellung kleiner Verbände aus den nichtslawischen Völkern schliesslich stillschweigend zulies, so war er kategorisch gegen die Aufstellung von slawischen Verbänden, also von russischen, ukrainischen, weissruthenischen, eingestellt. Man zog sich dadurch aus der Affäre, dass das Heer Tausende von Hilfswilligen in seine eigenen Verbände aufnahm, zunächst einmal

für rückwärtige Dienste, Kolonnen und dergleichen, dann aber auch Kosakenformationen aufstellte. Da die Kosaken nicht eigentlich als Volk anzusprechen sind, sondern aus einer Art ukrainischen Wehrbauerntums entstanden waren, so war es immerhin möglich, zahlreiche Ukrainer auch in den Kosakenverbänden unterzubringen. Hitler gegenüber ist kühn erklärt worden, dass die Kosaken keine reinen Slawen seien, sondern wahrscheinlich sehr viel germanisches Blut sich in ihren Adern befände. Alle diese, anfangs noch etwas wagen Tastversuche, erhielten erst konkrete Gestalt, als das OKH die zahlreichen Freiwilligen organisatorisch zusammenfasste. Besondere Verdienste hierbei hat der damalige Leiter der Organisationsabteilung des Generalstabes des Heeres, Major Graf STAUFFENBERG, der am 20. Juli 1944 das Attentat auf Hitler durchführte. Bei Graf STAUFFENBERG fand der Unterzeichnete für alle politischen Fragen des Ostens das größte Verständnis. Er schuf zunächst einmal den General der Osttruppen beim OKH, später in General der Freiwilligenverbände beim OKH umbenannt, der keine taktischen Aufgaben hatte, sondern alle organisatorischen Fragen, die mit den Verbänden zusammenhängen, bearbeiten sollte.

Das Ostministerium hat alles in seinen Kräften Stehende getan, um die Aufstellung dieser Verbände zu fördern. Es war sich durchaus bewusst, hierbei gegen die politische Grundauffassung von Hitler, Bormann und Koch zu handeln. Wo vor allem die beiden Letzteren dieser Politik Knüppel zwischen die Beine werfen konnten, taten sie es. Das Ostministerium verfolgte hierbei in erster Linie das Ziel, durch den Einsatz der Freiwilligenverbände eine positive Gesamteinstellung der höchsten Führung zu den Völkern des Ostens durchzusetzen, vor allem eine bessere Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Gebieten selbst und später der sogenannten Ostarbeiter. Das Ostministerium spekulierte

darauf, dass es ja auf die Dauer nicht möglich sei, z.B. einen Kosaken auf deutscher Seite kämpfen zu lassen und gleichzeitig seinen Bruder oder seine Frau als einen Menschen 3. Ranges oder gar als einen "Untermenschen" zu behandeln. Die Wehrmacht stand anfangs der Aufstellung dieser Freiwilligenverbände skeptisch gegenüber. Wiederholt musste der Unterzeichnete den Einwand hören, dass die Aufstellung dieser Verbände nicht kriegsentscheidend sei, dafür aber unendlich viel Arbeit machte, die vor allem in der Ausbildung der Freiwilligen, in der Unterweisung an deutschen Waffen und vor allem in den sprachlichen Schwierigkeiten lag. Auch die Frage, ob deutsche Offiziere oder Offiziere aus den eigenen Reihen genommen werden sollten, war im Anfang schwer zu entscheiden. Es gab naturgemäss wenig deutsche Offiziere und Unteroffiziere, die zur Führung von Verbänden der Osttruppen geeignet waren. Andererseits fehlte es vielfach an geeigneten Führern aus dem betreffenden Volke selbst. Später hat das Heer aber grossen Gefallen an den Freiwilligenverbänden gefunden, so dass, wie auch General K. erwähnt, manche deutschen Offiziere nicht wieder zurück zu einem deutschen Verband wollten.

Dank einer verbildlichen Zusammenarbeit zwischen dem Chef des Stabes des Generals der Freiwilligenverbände, Oberstltm.i.G. HERRE, und dem Unterzeichneten gelang es nach und nach, eine immer positivere Einstellung bei den widerstrebenden Parteistellen zu den Ostvölkern zu erzielen. Selbst die SS nahm ab Sommer 1943 infolge der mit den Freiwilligenverbänden gemachten Erfahrungen eine erheblich aufgeschlossenerere Einstellung zu den Völkern des Ostens ein.

Der Chef des Stabes des Generals der Freiwilligenverbände übermittelte dem Unterzeichneten alle Beschwerden und Klagen der Freiwilligen über schlechte Behandlung ihrer Volksangehörigen in den besetzten Gebieten oder der Ostarbeiter in Deutschland selbst. Der Unterzeichnete wandte sich dann an die in Frage kommenden zivilen Dienststellen, das Reichssicherheitshauptamt, das Ernährungsministerium, die Arbeitsfront, die Dienststelle Sauckel (Generalbevollmächtigter für den Arbeitseinsatz) und erzielte in einem allerdings zähen Kampf gegen schwer zu überwindende Vorurteile nach und nach eine erhebliche Besserstellung. Besonders schwierig war es, das Reichssicherheitshauptamt zur Abschaffung der Ostabzeichen zu bewegen. In mehrstündigen Vorträgen vor der Führerschaft des SD (Gruppenführer MÜLLER) konnte der Unterzeichnete darauf hinweisen, dass es unmöglich sei, die nächsten Verwandten derjenigen, die mit uns an der Front kämpften, mit einem diffamierenden Abzeichen zu versehen. Selbst der Stellvertreter Rosenbergs, Gauleiter Meyer, versuchte vergeblich, das Ostabzeichen zu Fall zu bringen. Erst als es gelang, den damals sehr mächtigen SS Obergruppenführer Berger, den Leiter des SS-Hauptamtes hierfür zu interessieren, konnte der Widerstand in einer dankwürdigen Sitzung im SS-Hauptamt am 14. April 1944 gebrochen werden. Es bedurfte aber noch ständigen Drängens, um das Ostabzeichen durch nationale Ärmelabzeichen der einzelnen Völkerschaften ersetzen zu lassen. Der SD berief sich auf Stoffmangel und ähnliche technische Schwierigkeiten der Herstellung. Der Antrag, überhaupt auf jedes Abzeichen bei den Ostarbeitern zu verzichten, war aus "Sicherheitsgründen" kategorisch abgelehnt worden.

Eine besondere Hilfe bei dem Kampf um eine positivere Einstellung der Führung zu den Ostarbeitern und den Personen in den besetzten Gebieten waren die Erfolge, die der Chef des Stabes des Generals der Freiwilligenverbände auf dem militärisch-organisatorischen Gebiete erzielte, insbesondere die Erlaubnis zum Tragen der

deutschen Rangabzeichen und zur Verleihung deutscher Kriegsauszeichnungen. Nun konnte das Ostministerium darauf hinweisen, dass angesichts dieser Einstellung Hitlers zu den Freiwilligenverbänden auch jede Diskriminierung der Ostarbeiter und der übrigen Angehörigen der Ostvölker aufzuhören habe. Zwar ist es nicht gelungen, alle Diskriminierungen zu beseitigen, aber es wurde wenigstens erreicht, dass die Ernährung erheblich verbessert wurde, dass von den Ostarbeiterlagern der von den Insassen sehr beanstandete Stacheldraht entfernt wurde, dass das Verbot des Besuchs von Wirtschaften, deutschen Geschäften, der Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel gelockert wurde und dergleichen.

So hat die Aufstellung der Freiwilligenverbände letzten Endes eine wesentlich bessere Behandlung der Völker des Ostens durch die Parteidienststellen erzwungen, wie umgekehrt diese Besserstellungen auch dazu beigetragen haben, den Kampfgeist der Freiwilligenverbände zu stärken.

#### 4.) Die Angelegenheit WLASSOW.

Liess Hitler, wenn auch murrend, die Aufstellung kleiner Verbände aus den nichtslawischen Völkern der Sowjetunion zu, so war er doch, wie oben erwähnt, völlig ablehnend hinsichtlich der Aufstellung militärischer Einheiten aus Russen, Ukrainern und Weisseruthenen. Es gelang lediglich in den besetzten Gebieten der Ukraine und Weisseruthenien eine Hilfspolizei aufzubauen. Solche ukrainischen Einheiten wurden, um sie nicht gegen ihre eigenen Landsleute einzusetzen, z.B. in Litauen und Lettland, verwandt. Ihr Vorgehen war meist sehr rigoros. Diese Einheiten unterstanden aber nicht dem Heere, sondern den deutschen Polizeidienststellen. Später ist die ukrainische Hilfspolizei zur Partisanenbekämpfung eingesetzt worden. Als die Verbände aber sahen, dass die von den SS-Einheiten durchgeführten Aktionen auch vor Frauen und Kindern nicht Halt machten, falls ein Dorf im Verdacht stand, Partisanen

unterstützt zu haben, gingen sie vielfach geschlossen zu den Partisanen über. (Bezüglich der 1. galizischen, später 14. ukrainischen SS-Division, und einer weisseruthenischen Division vergleiche Anlage Seite 5. Bemerkung zu Seite 22 Mitte.)

Die vielen Tausende von russischen Kriegsgefangenen und Überläufern stellten sehr häufig die Frage nach einem russischen Führer, wobei sie in erster Linie an einen politischen Führer dachten, an eine Art Gegenspieler gegen Stalin. Sie nahmen an, dass eine solche Gegenregierung sofort aufgestellt werden könne, da ja Deutschland den Krieg nicht gegen Russland sondern gegen den Bolschewismus führe. Der Unterzeichnete hat daher am 28. Januar 1942 dem Reichsminister Rosenberg eine Aufzeichnung vorgelegt, mit der Bitte, Hitlers Erlaubnis zur Herausstellung eines russischen "De Gaulle" zu erwirken. Es wurde vorgeschlagen, eine solche Persönlichkeit nicht etwa aus der alten russischen Emigration zu nehmen, deren Führer für eine solche Rolle nicht geeignet schienen, sondern aus den Reihen Kriegsgefangener russischer Generale. Von solchen stellten sich mehrere bereitwillig zur Verfügung. Der geeignetste schien ein General LUKIN.

Rosenberg griff den Gedanken auf und unterbreitete ihn am 15.2.1942 zusammen mit der "Neuen Agrarordnung" Hitler zur Entscheidung. Dieser lehnte den Vorschlag der Herausstellung eines russischen Generals ab, genehmigte aber die "Neue Agrarordnung", nachdem es den vereinigten Bemühungen des Ostministeriums sowie des Reichsernährungsministeriums gelungen war, auch die Zustimmung Görings zu der "Neuen Agrarordnung" zu erhalten.

Die Idee, einen russischen "De Gaulle" herauszustellen, hatte die lebhafteste Zustimmung der Wehrmachtstellen gefunden. Vor allem die Abteilung Wehrmachtpropaganda nahm sich dieser Frage an, da sie

mit Recht eine ausserordentliche Propagandawirkung auf die Soldaten der Roten Armee von dem geplanten Schritt erwarteten. Als die Ablehnung Hitlers kam, traf der Unterzeichnete mit dem Sachbearbeiter von Wehrmachtpropaganda eine Vereinbarung, den Gedanken nicht fallen zu lassen, sondern für eine solche Aufgabe in Frage kommende Generale und deren Stäbe in einem Sonderlager zusammenzufassen, damit, falls es einmal gelänge, Hitler umzustimmen, die Aktion sofort gestartet werden könne.

Nach der Niederlage bei Stalingrad und der Verkündung des Totalen Krieges schien der Augenblick gekommen, die Frage wieder aufzugreifen. Nun aber, im März 1943, stellte es sich heraus, dass der General Lukin selbst die Übernahme der ihm zugedachten Aufgabe ablehnte. Er tat dies mit der Begründung, inzwischen eingesehen zu haben, dass es Deutschland nicht in erster Linie darauf ankomme, den Bolschewismus zu überwinden, sondern Teile des russischen Reiches unter seine Herrschaft zu bringen.

Inzwischen war aber ein anderer bedeutender russischer General gefangen genommen worden, der General WLISSOW. Er erklärte sich auf Befragen bereit, die ihm zugedachte Rolle zu übernehmen. Rosenberg unternahm einen neuen Vorstoss über Keitel bei Hitler, der zu einem Telegramm Keitels an Rosenberg vom 18. April 1943 führte. Keitel teilte Rosenberg mit, dass Hitler nur erlaubt habe, das von Wlassow geplante russische Nationalkomitee für wirtschaftliche Aufgaben und für Propagandazwecke im Osten einzusetzen, wobei es aber jedem klar sein müsse, dass die von Wlassow dem russischen Volk gegenüber abgegebenen Versprechungen niemals eingehalten werden würden.

Rosenberg hatte sich mit der Wlassow-Aktion nur unter der Voraussetzung einverstanden erklärt, dass Wlassow ausschliesslich als Exponent der Russen gelte und auch nur die Russen anzusprechen habe. Irgendeine Zuständigkeit in Bezug auf Ukrainer, Weissruthenen, geschweige denn die Kaukasus- und Turkvölker wurde ihm nicht konzidiert.

Wlassow formulierte eine Art Regierungsprogramm, das er in 13 Punkten zusammenfasste. Es sah die Wiederaufrichtung Russlands auf demokratischer Grundlage vor. Mit diesen 13 Punkten trat er in Smolensk und Pleskau (Pskov) vor die russische Bevölkerung. Der Erfolg übertraf alle Erwartungen. Die Russen jubelten ihm zu, die Zahl der Überläufer vermehrte sich, und es wäre nunmehr leicht gewesen, aus Kriegsgefangenen, Ostarbeitern und der Bevölkerung der besetzten Gebiete ein russisches Heer aufzustellen. Alles dies wurde aber von höchster Stelle nicht erlaubt. Nach dem Telegramm Keitels vom 18. April sah sich auch Wehrmachtpropaganda nicht mehr in der Lage, die Wlassow-Sache energischer zu betreiben.

Zur Ehre der Dienststellen des Heeres muss gesagt werden, dass diese durchweg den politischen und militärischen Wert der Aktion erkannten und nach Kräften zu ihrer Förderung beigetragen haben; aber alles scheiterte an Hitler, Bormann, Koch und Keitel. Am 10. Mai 1943 richtete General Jodl ein Schreiben an Rosenberg, in dem er dringend angesichts der schwierigen militärischen Lage um eine energische politische Unterstützung der Kriegführung bat und hierbei besonders auf die Wlassow-Aktion anspielte.

Die Situation war nun folgende:

Alle in Frage kommenden Stellen des Oberkommandos der Wehrmacht und des Heeres waren für die Wlassow-Aktion, doch gelang es ihnen nicht, den Chef OKW hierfür zu gewinnen. So wandte sich selbst sein nächster Mitarbeiter, der Chef des Wehrmachtführungsstabes, General Jodl, an eine zivile Dienststelle, den Ostminister, die Zustimmung Hitlers zu erwirken. Rosenberg hatte aber bereits so viele Abfahrten von Hitler erhalten, wenn er diesen auseinandersetzen wollte, dass die militärische Lage diese oder jene Aktion zweckmässig erscheinen lasse, dass er nicht viel Lust verspürte, sich eine neue Abfuhr zu holen. Die militärischen Dienststellen drängten aber stark und baten, im OKW eine Besprechung der interessierten Dienststellen unter dem Vorsitz eines Vertreters des Ostministeriums abzuhalten. Die Vertreter des Ostministeriums, zu denen der Unterzeichnete gehörte, waren mit der Instruktion zu dieser Sitzung entsandt worden, dass Rosenberg die Wlassow-Aktion erneut aufgreifen werde, wenn er dazu die Zustimmung des Führers erhalte. Der Führer sähe die politische Notwendigkeit dieser Aktion nicht ein, so dass nur übrig bleibe, ihm die militärische Notwendigkeit vor Augen zu führen. Dies könne aber nicht der Zivile Rosenberg, sondern dies müssten die höchsten militärischen Stellen auf sich nehmen.

In dieser Besprechung im OKW vom 27. Mai 1943 wurde den Vertretern des Ostministeriums auseinandergesetzt, dass eine solche Aktion der militärischen Stellen bei Hitler nur über den Chef OKW möglich, dieser aber für die Wlassow-Aktion nicht zu gewinnen sei. Rosenberg solle daher alle Bedenken zurückstellen und von sich aus einen erneuten Vorstoss unternehmen, von dessen positivem oder negativem Ausgang die Entscheidung des Krieges abhängen könne. Um der Angelegenheit den grösstmöglichen Nachdruck zu verleihen, hat der Unterzeichnete die Rosenberg vorgelegte Aufzeichnung über die Besprechung mit den Worten begonnen,

dass nach der übereinstimmenden Auffassung der an der Besprechung beteiligten Dienststellen des Oberkommandos der Wehrmacht sowie des Generalstabs des Heeres der Krieg verloren sei, wenn nicht durch die Wlassow-Aktion dem Heer eine starke politische, moralische und letzten Endes auch militärische Hilfe erwachse. Der Vorwurf des Defaitismus wurde von allen Beteiligten angesichts des Ernstes der Situation bewusst in Kauf genommen.

So unter Druck gesetzt, schrieb Rosenberg an Keitel, dass er bereit sei, die Angelegenheit Wlassow zusammen mit dem Generaloberst Jodl Hitler vorzutragen und bat um die Anberaumung eines Termins Anfang Juli, da er zunächst eine längst geplante Reise durch die Ukraine zu machen hätte. Trotz des Ernstes der Lage verstand sich Rosenberg nicht dazu, diese Reise durch die Ukraine zu verschieben.

Einige Tage nach der Abreise Rosenbergs am 8. Juni 1943 lief beim Ostministerium ein Telegramm Keitels ein, etwa folgenden Inhalts: "Ich habe zufällig Gelegenheit gehabt, mit Hitler die Wlassow-Aktion zu besprechen. Hitler verbietet jeden weiteren Einsatz des Generals Wlassow im Heeresgebiet oder den besetzten Ostgebieten. Der erbetene Vortrag bei Hitler zusammen mit General Jodl erübrigt sich daher". Kurz darauf bezeichnete Himmler in einer Ansprache vor SS-Führern Wlassow als ein Schwein, einen Landesverräter, dem man nicht trauen könne. Hitler habe die Absicht gehabt, Wlassow verhaften zu lassen, was allerdings er, Himmler, als politisch unzweckmässig noch hätte verhindern können.

Damit war die geplante Aktion ein zweitesmal abgewürgt. Wlassow blieb mit seinem Stab nunmehr im Lager Dabendorf südlich von Berlin.

Es verging mehr als ein Jahr, bis die Wlassow-Aktion plötzlich wieder auflebte. Bekanntlich interessierte sich die SS in steigender Masse für die fremdländischen Verbände und suchte diese nach und nach dem General der Freiwilligenverbände zu entziehen. Ein besonderes Augenmerk hatte sie auf die Kosaken geworfen, da deren historische Aufgabe in Russland gleichfalls polizeilicher Natur gewesen war. Die zuständige Stelle war das SS-Hauptamt, geführt von dem SS-Obergruppenführer Berger, der im August 1943 als Chef des Führungsstabes Politik in das Ostministerium eingebaut worden war. Der Zweck dieses Einbaus war eine langsame aber sichere Überleitung der Kompetenzen des Ostministeriums auf das SS-Hauptamt. Nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre wagte aber auch Berger nicht, die Wlassow-Sache wieder aufzurühren. Es war einem Schriftleiter des "Schwarzen Korps", des amtlichen Organ der SS, vorbehalten, Wlassow in Dabendorf aufzusuchen. Er war von der Unterredung so begeistert, dass er sich sofort bei Himmler melden liess und ihm den Vorschlag machte, Wlassow zum politischen und militärischen Führer der Russen zu machen und eine russische Gegenregierung mit Wlassow an der Spitze ins Leben zu rufen. Himmler gelang nun das, was Rosenberg zweimal vergeblich versucht hatte, nämlich die Zustimmung Hitlers zu der Wlassow-Aktion zu erhalten. Nur nebenbei bemerkte Hitler, die SS solle doch in dieser Frage mit dem Auswärtigen Amt zusammenarbeiten. Berger, dessen Beziehungen zu Rosenberg immer gespannter geworden waren, fasste das als einen Freibrief auf, das Ostministerium bei der weiteren Behandlung der Wlassow-Aktion zu übergehen. Es fand daraufhin eine Besprechung zwischen Himmler und Wlassow in Gegenwart von Berger und einigen anderen Mitgliedern des SS-Hauptamtes statt, an der

2/1. Mai  
 Le. und best. in  
 Namen allen  
 mit für hoch.

aber weder das Auswärtige Amt noch das Ostministerium beteiligt waren. In dieser Besprechung fragte Wlassow völlig korrekt, ob er nur im Namen der Russen oder im Namen aller Völker der SU auftreten solle. Himmler antwortete, es sei wohl einfacher, wenn er die Führung aller Völker der SU übernehme. Der Konsequenzen dieser Weisung ist sich Himmler offenbar nicht bewusst gewesen. Die erste Folge dieser Vereinbarung zwischen Himmler und Wlassow war ein energischer Protest aller Völker der SU, die in den Reihen der Deutschen bisher gekämpft oder politisch mit ihnen zusammengearbeitet haben. Es protestierten die Führer der Ukrainer, der alte Hetman Skoropadski, Oberst Melnik, Bandera und Lewitzki, der Kosakengeneral Krassnow, die Führer der Weissruthenen, Kriatataren Georgier, Armenier, Aserbeidschander und besonders heftig der Führer der Turkestaner, Wali Kajum Khan. Sie alle drückten ihre Empörung darüber aus, dass sie nunmehr einem russischen General unterstellt werden sollten, der zudem noch zu Beginn des Krieges für die Bolschewisten gekämpft hätte, nachdem sie jahrelang ihr Blut an der Seite der Deutschen vergossen hätten. Alle erklärten übereinstimmend, dass sie nach wie vor weiter an der Seite Deutschlands kämpfen wollten, sich einem russischen General aber niemals unterstellen würden. Die Vertreter aller dieser Völker erklärten weiter, dass sie ja nicht nur gegen den Bolschewismus sondern auch gegen ihre Beherrschung durch Russland zu den Waffen gegriffen hätten und sie in ihrer Unterstellung unter den russischen General die Einleitung einer grossrussischen Politik sähen. Sie fühlten sich vor den Kopf gestossen durch die offizielle Bezeichnung der von Wlassow aufgezogenen politischen Organisation, die er den "Verband zur Befreiung der Völker Russlands" nannte. Es gibt ja kaum eine grössere Beleidigung für einen Kaukasier oder Turkestaner als ihn den Angehörigen eines russischen Volkes

zu nennen. Wlassow suchte einzulenken, indem er in seiner Zeitung "Der Wille des Volkes" erklärte, dass selbstverständlich nach errungenem Siege alle Völker des jetzigen sowjetischen Ostraumes die Möglichkeit haben würden, über ihr politisches Schicksal frei zu bestimmen. Aber das Misstrauen war nicht mehr zu beseitigen. Immer neue Eingaben wurden an Rosenberg gerichtet, aber alle seine Proteste, die er an Hitler, Keitel, Lammers und Himmler selbst richtete, verhallten ungehört. Die schärfsten Vorwürfe richtete Rosenberg gegen den ihm "unterstellten" Obergruppenführer Berger, der aber mit der Rückendeckung Himmlers sich weigerte, den Wünschen Rosenbergs Rechnung zu tragen. Dieser war besonders empört, dass das SS-Hauptamt in der Wlassow-Sache mit dem Auswärtigen Amt zusammenarbeitete, obwohl ihm zu Beginn des Russlandfeldzuges die gesamte politische Neugestaltung des Ostens übertragen worden war. Das Auswärtige Amt, das nunmehr im Herbst 1944 zum 1. Mal seit 1941 amtlich mit einem Ostproblem befasst wurde, sah keine Veranlassung, sich für die übrigen Völker der SU, die von Rosenberg betreut wurden, irgendwie einzusetzen. Rosenberg tat ein Letztes: er bat Himmler um eine persönliche Unterredung, indem er sich bereit erklärte, falls Himmler nicht abkömmlich sei, ihn in seinem Feldquartier aufzusuchen. Dieses Schreiben Rosenbergs blieb trotz Annahmung unbeantwortet.

Inzwischen hatte Wlassow in Benennung mit dem SS-Hauptamt sein Manifest an die Völker Russlands ausgearbeitet. Am 14. November 1944 erfolgte die feierliche Ernennung Wlassows zum politischen und militärischen "Führer der Völker Russlands". Diese Feier fand auf der Burg in Prag statt, trotz eines Protestes Rosenbergs, der hierin eine Förderung panslawistischer Ideen sah. Wlassow verlas in Prag sein Manifest, das eine Neugestaltung Russlands auf demokratischer Grundlage vorsah. Als Vertreter der Reichsregierung begrüßte der SS-Obergruppenführer Lorenz Wlassow als den neuesten Verbündeten des deutschen Volkes. Während die alten Führer der

nichtrussischen Völker der SU dieser Feier selbstverständlich fern blieben, hatte das SS-Hauptamt in aller Eile neue "Vertreter" dieser Volksgruppen ausfindig gemacht und zu der Feier entsandt. Sie erklärten Wlassow ihre Bereitwilligkeit, unter seiner Führung zu arbeiten. Diese Erklärung rief entsprechende Proteste seitens der Führer der nichtrussischen Nationalkomitees hervor, die den von der SS nach Prag geladenen "Vertretern" jede Legitimation absprachen.

Das Ende der Wlassow-Aktion ist bekannt. Die Aufstellung der Wlassow zugedachten Divisionen verzögerte sich infolge der immer schwieriger werdenden Lage Deutschlands und der Bevorzugung der "Volksdivisionen".

So kam die ganze Aktion zu spät. Wlassow und seine Mitarbeiter konnten noch einige Versammlungen von Vertretern der Ostarbeiter wahrnehmen und auch sie zum Kampf gegen den Bolschewismus aufrufen. Ein grösserer politischer Erfolg war aber nicht mehr zu erzielen.

Während die nichtrussischen Verbände bis zum letzten Tage auf deutscher Seite auf das tapferste gekämpft haben, und zum Teil noch nach dem Zusammenbruch die Kanalinseln verteidigten, suchte Wlassow sein Leben dadurch zu retten, dass er im letzten Augenblick auf die Seite der Alliierten übergang und in der CSR seine Waffen gegen die deutschen Truppen kehrte. *Falsch!*

Wlassow wurde mit seinem Stabe an die Sowjets ausgeliefert und als Verräter hingerichtet.

25-4002 + 44

9

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Dr. Bräutigam: Erläuterungen im Kaukasus  
1942

Institut f. Zeitgeschichte  
München  
ARCHIV  
1307/54

32

Als ich im Sept. 1942 aus Karlsbad zurueckkam, teilte mir <sup>Zimmermann</sup> Etzdorf, Ver-  
 bindungsoffizier beim Auswaertigen Amt mit, dass der Gen. Quartiermeister  
 einen Bevollmaechtigten des Ostministeriums bei der Heeresgruppe A haben  
 wolle und mich dafuer in Aussicht genommen habe, weil er mich erstens kenne  
 und zweitens wisse, dass ich noch bis vor 1 1/2 Jahren im Kaukasus gewesen  
 war. Etzdorf wollte mich nur informieren. Ich teilte diese Sache Rosenberg  
 mit. Schikedanz war meine Kandidatur wenig sympatisch. Er schlug einen Herrn  
 Jost vor, den er, soviel ich weiss, fuer sein Reichskommissariat in Aussicht  
 genommen hatte. Leibbrandt setzte sich sehr stark fuer mich ein. Nach laengerem  
 Hin und Her erklarte sich Rosenberg zunaechst damit einverstanden, dass ich  
 zunaechst hinginge, aber spaeter durch Herrn Jost abgeloeest werden wuerde.  
 Kurze Zeit darauf kam auch die Anfrage von <sup>(Gen. aus dem Gen. Quartiermeister in)</sup> Wagner, OKH, <sup>(Winnitzka)</sup>, dass ich  
 zu einer Besprechung ueber Kaukasusfragen dorthin kommen solle.

An 10.9.1942 fuehr ich dann begleitet von Zimmermann und <sup>Prof. von</sup> Wendt dorthin. Aus-  
 serdem trafen wir Major Mueller, Verbindungsoffizier des Ostministeriums der  
 Heeresgruppe Sued, der beauftragt war, die erste Fuehlungsnaehme mit der Heeres-  
 gruppe A aufzunehmen.

General Wagner erklarte folgendes:  
 Wir brauchen einen Bevollmaechtigten als Quartiermeister bei der Heeres-  
 gruppe A. Ich lege besonderen Wert auf das Wort "Bevollmaechtigter", weil  
 ich darunter einen Mann verstehe, der im eigenen Namen Entscheidungen fael-  
 len kann. Er muss also eine andere Position haben als die anderen Verbin-  
 dungsoffiziere bei der Heeresgruppe, die jedes Mal rueckfragen muessen  
 und einige Wochen auf Antwort aus Berlin warten muessen.

Wagner war 2 km ausserhalb Winnitza's ~~in~~ in einer Irrenanstalt, die wunderbar  
 gelegen war, am <sup>linken Ufer</sup> Ufer des Bug, an der Muendung eines kleinen Fluesschens, unter-  
 gebracht. Das Haus war zweistöckig mit vielen Fluegeln. Hinter dem Gebaeude  
 war ein kleiner Garten. Wagner sass in dem Gebaeude in einem schoenen grossen  
 Baum naehe dem Eingang.

Wagner teilte mir mit, dass die Sache mit Jost und mir noch nicht entschieden  
 waere. Ich erwiderte, dass ich bereits davon gehoert habe und mit Rosenberg  
 davon gesprochen habe, Rosenberg sich aber noch nicht entschieden habe, aber  
 den SS-Standartenfuehrer Jost in die engere Wahl gezogen habe..

Ich fuhr nach Berlin zurueck.

Kurze Zeit spaeter liess Wagner mir mitteilen, er habe die Sache dem Fuehrer  
 mitgeteilt und habe dabei auch meinen Namen genannt, wobei dieser geaeussert  
 habe, er kenne mich ja und er sei mit der Wahl durchaus einverstanden.

Wagner liess dann sagen, er wuerde noch Bescheid zukommen lassen, wann die  
 Sache gestartet werden solle. Sie muesse noch vom Oberbefehlshaber anerkannt  
 werden. Anfang Nov. erhielt ich die Nachricht, dass es nun an der Zeit sei,  
 dorthin zu gehen. Das OKH war inzwischen <sup>von Winnitza</sup> zum Mauerwald zurueckgekehrt. Rosen-  
 berg gab mir eine Vollmacht mit als Bevollmaechtigter des OM fuer den Kaukasus  
 und auch das OKH ~~W/~~ gab mir eine entsprechende Bescheinigung.

Gleichzeitig erliess das OKH eine Weisung, an das OM, dass es alle politischen  
 und Verwaltungsfragen mit mir abzusprechen habe. Ich nahm meinen persoerlichen  
 Referenten, Oberinspektor Lattermann, sowie als landwirtschaftlichen Sach-  
 verstaendigen Dr. Fritz Dittloff mit, der von 1925 - 1932 Leiter eines gros-

sen landwirtschaftlichen Konzerns im Kaukasus, der Drusab (Deutsch-Russische Saatbau AG) war.

Inzwischen war Major Mueller zur Heeresgruppe A gefahren, um dort alles vorzubereiten. Vor der Abreise habe ich Rosenberg 2 Bedingungen gestellt, die mir fuer eine ersprächliche Arbeit notwendig erschienen:

- 1.) dass im Kaukasusgebiet keinerlei Zwangseinberufungen fuer den Arbeitseinsatz stattfaenden,
- 2.) alle Kollektive so schnell wie moeglich aufgeloeset wuerden.

Beide Bedingungen wurden angenommen. Nach Rücksprache mit der Chefgruppe Ernährung und Landwirtschaft wurde festgelegt, dass die Kolchose in den Gebirgsgegenden und bei den Kosaken aufgeloeset werden koennten, waehrend man in dem fruchtbaren Kubangebiet, das aber in diesem Jahre eine Missernte hatte, selbst die Verhaeltnisse an Ort und Stelle studieren wolle.

Nach einer Fahrt von 8 Tagen traef ich in Stawropol bei der Heeresgruppe ein und wurde am naechsten Tage bei Generaloberst von Kleist empfangen, der einen Tag vor mir dort eingetroffen war. Kleist war im Zentrum der Stadt in einer Villa untergebracht. Sie war von allen Seiten von einem Garten umgeben. Er war sehr freundlich. Ich besuchte dann noch den Chef des Stabes, von Greifenberg, den Ia und den CQu, Oberstlt. Merck, mit dem ich am meisten zu tun hatte, da ihm die Abt. Kriegsverwaltung unterstand, die von einem Hpt. der Res. von Frohreich, geleitet wurde. Ich hatte grosse Schwierigkeiten ein Quartier zu finden. Dann habe ich mich mit Merck angefreundet, der mir spaeter sagte, er habe das absichtlich getan, da ich fuer einen "Zivilisten" gehalten wurde.

Ich bekam ein Quartier vom SD, ohne Ofen (es waren damals 15 - 20 Grad Kaelte).

Wir assen im Kasino des OQu. Ich sass am Tisch von Merck. Er hatte eine grosse Autoritaet.

Ich hatte von Rosenberg den Auftrag bekommen, die Uniform des OM zu tragen. Ich habe das dem OKH mitgeteilt, worauf mir Gen. Wagner einen Ausweis mitgab, dass ich die Uniform ablegen koennte. Spaeter trug ich meine Uniform als Hauptmann.

Von Berlin aus richteten wir schon verschiedene Schreiben an das OKH, um eine politische Zielsetzung zu erreichen. Das fiel hier auf sehr fruchtbaren Boden, vor allem hat sich die Heeresgruppe sehr freundlich zu den Kosaken eingestellt und war von den Kosaken so beeindruckt, dass sie ein sogen. Kosaken Selbst-erwaltungsgebiet einrichteten, das 2 Kommandanturen umfasste. Die Feldkdtr. war die hoechste Instanz. Bei jeder Feldkdtr. war ein Atman. Die Kosaken wurden ermachtigt, ihre Landwirtschaft nach eigenen Ideen zu reorganisieren, was sie tadellos gemacht haben. Eine Schwierigkeit bestand darin, dass infolge der Dezimierung der Kosaken 1932/33 und infolge Einziehung ~~von~~ nur sehr wenig maennliche Arbeitskraefte zur Veruegung standen. Durchschnitt 1 Arbeitskraft auf 10 Hektar.

Feier in Stawropol. Verlauf sehr eindrucksvoll. Eine Anzahl Generale, Aulok, Greiffenberg, nahmen daran teil. Sehr viel Geschenke der Kosaken, hauptsaschlich Schafe. Die Vertreter der Kosaken (20) erhielten deutsche Jagdgewehre als Gegengeschenk. Sie begannen ihre Reden: "Unsere Alten aus dem Dorfe haben uns beauftragt, den Deutschen zu sagen....." Sie trugen als Kleidung die Tscherke'ska.

Bei diesem Fest stellten sie immer wieder den Antrag "Unter ihren Fuehrern an der Seite der Deutschen kaempfen zu koennen."

Ich hatte mit Gen. Pannwitz eine Unterredung. Die Kosakenformation war beschlossene Sache. Pannwitz selbst kam aber nach Stalingrad und bildete dort eine Pz.Gruppe. Dadurch wurde die Kosakengeschichte aufgehoben. Pannwitz war bei der Unterredung, die ich mit ihm hatte sehr lebhaft und begeistert von seiner Aufgabe. Ich hatte den besten Eindruck von ihm.

Kuban- und Terek - Kosaken.

Fruchtbares Ackerland, leicht hügelig, durchsetzt mit kleinen Waldstuecken, sehr viel einzelne Hoefe. Die Kosaken waren unter der Zarenregierung dorthin gebracht worden, um die Bergvoelker in das Gebiet zurueckzutreiben. 30% der Bevoelkerung waren Kosaken. Kurz vor dem ersten Weltkrieg war in dieses Gebiet ein Nachschub aus Zentralrussland gekommen (Weissruthenen, Uffz. usw.) Diese Leute wurden Peresjlenzy genannt. Die alten Umsiedler erkannten sie jetzt als Kosaken an. Sie bildeten mit den ersten Ansiedlern 60 - 70% der Bevoelkerung. Die uebrigen waren von der Sowjetregierung mit dem Zweck dorthin geschickt worden, die Kosaken zu verwaessern. Diese von den Sowjets dorthin geschickten Leute wurden von den Kosaken nicht anerkannt.

Schon vor meinen Eintreffen hatte eine grosse Befreiungsfeier der Karatschaiyer stattgefunden. Bei dieser Feier war Gen. Koestring anwesend, der jetzt als <sup>Fuhrer</sup> Berater bei der Heeresgruppe war. Koestring war zu dieser Zeit krank. Er fuhr im Dezember zur Erholung nach Deutschland und ist spaeter nach ~~Simp~~eropol zurueckgekehrt.

Am 18.12. folgte die Befreiungsfeier der Balkaren und Kabardiner.  
Hauptstadt der Balkaren ist Dundelen.

" der Kabardiner Naltschik.

Die Befreiungsfeier war gleichzeitig verbunden mit einem religiösen Fest. Sie wurde eingeleitet von einer einstuendigen religiösen Feier. Waehrend des offiziellen Teils der Feier wurden sehr viele Reden gehalten die alle die Dankbarkeit gegenueber den Deutschen zum Ausdruck brachten, vor allem, weil sie wieder ungehindert ihre religiösen Feiern abhalten konnten.

Die Balkaren und Kabardiner sehen tuerkisch aus und stammen angeblich von den Krimtartaren ab. Die Feier fand im Kino statt. Nach den Reden wurden Geschenke ueberreicht, 1000 Schafe, Felle, wollene Unterwaesche, 3 Pferde ( 1 fuer Hitler mit einem goldbeschlagenen Zaumzeug, je 1 fuer Keitel und Kleist mit einem silber beschlagenen Zaumzeug,)

Keitel war nicht begeistert von der Teilnahme der Deutschen an diesem Fest. Er meinte, der Sieg waere noch nicht fest in unseren Haenden.

Fuehrer war der oberste ? Er trug schwarze Gewaender (Foto).

Nach der Feier grosses Essen. ~~XXXXXXXX~~

Das Gegengeschenk der Deutschen waren Korane. ?

Anschliessend ans Essen Tanz von Streichinstrumenten,exotische Instrumente.

Am naechsten Tag Nachfeier.

Nordosetiner haetten auch befreit werden koennen, man war ihnen gegenueber aber sehr misstrauisch. Sie standen <sup>noch</sup> sehr stark unter dem <sup>Frustations</sup> Gedanken der Befreiung <sup>denk</sup> von Schamigl. (grosser Anführer 1830-1850, der dass <sup>Prussen</sup> viel in Waffen machte)

Volk der Bergjuden, 6 - 8000 Mann. Bierkaemper SD.

Wahrscheinlich keine Juden, sondern Tartaren, die die juedische Reli/gion angenommen haben. Bierkaemper wollte sich die Sache selbst ansehen. Er lud mich zum Essen ein. Pjatigorsk. Bierkaemper hatte Prof., die ueber die kaukasische Geschichte sehr gut Bescheid wissen, Prof. Ems- rich.

Bierkaemper erklarte, er waere bei den Bergjuden gewesen. Sie waeren ausserordentlich freundlich. Er hatte sich mit dem Oberrabbiner angefreun- det und zeigte mir Bilder. Er war sehr gut aufgenommen worden. Die Bergjuden waren Nomaden, hatten Schafzucht.

Selbstverwaltung der Kosaken wurde beraten. Ablieferung von 16 000 t Getreide aus dem Kubangebiet. Zahlungsmittel Wodka. Gewerbewirtschafts/ mann versuchte Genehmigung des freien Marktes zu erreichen. Die Bevoelke- rung war zufrieden. Die Wirtschaftler unterstanden der Wi In Gen. Niede- fuhree. Sie waren pro forma vorgesetzt und bekamen ihre Weisungen vom Wi Stab Ost. Der General war nur Weiterleistungsstelle. Risiko und Schlot- terer waren die Koerper in Wi Stab Ost.

Wollten sich nicht  
Wasen in Geny  
gehorcht werden

Am 28.12. erste Rueckzugsgedanken. Am 1.1. machte ich Kleist einen Neujahrsbesuch. Ich sprach ihn auf die Rueckzugsbefehle an. Sie sollten in den naechsten Tagen offiziell verkuen-det werden. Es bliebe nichts anderes uebrig, als zu raeumen. Ich fragte, was das fuer Auswirkungen auf die Voelker habe. Kleist sagte, Hitler habe den Ausbruch aus Sta/ lingrad verboten. Sie waeren ausserdem unbeweglich und haetten keinen Brennstoff und keine Pferde.

Nach einiger Zeit kam der Ruckzugsbefehl. Man wollte versuchen, im Raum der Heeresgruppe <sup>hier</sup> einen Pfeiler zu halten, den Kubanbrueckenkopf und Rostow. Ich hatte eine Unterredung mit Kleist und stellte den Antrag, dass alle Leute, die mitgehen wollten und sich exponiert haetten, mitgehen koennten. Kleist war zuerst nicht dafuer. Der Kaukasus waere <sup>Operation</sup> Steerraum und es koennte <sup>da mit mir Strassen</sup> zu Verstopfungen fuehren. Ich blieb bei meiner Meinung. Er gestand es mir dann zu. Er bestimmte einen "Fluechtlingsstab Kaukasus", zu dessen Leiter den Feldkommandanten von Pjatigorsk, Gen. Mierczyski und sein Vertreter war ich. Es kamen dazu Vertreter der Abt. Arbeit und Landwirtschaft. Leiter der Abt. Arbeit war <sup>(früher Rotes Kohlen-Kommissar)</sup> Walter. Er wurde dann bald abgesetzt. Der Stab bestand aus 12 Leitern. Wir mussten dafuer sorgen, dass die Strassen nicht verstopft wurden. Diese Weisung wurde an die Feldkdr. herausgegeben. Die Kosaken benutzten mit ihren kleinen Pferden <sup>Wagen</sup> nicht die Hauptstrassen, sondern <sup>in den</sup> ritten durchs Gelaende.

Wir kamen nach Nowoleuschkowska <sup>bei Tichorockaja</sup> und warteten auf die Fluechtlinge. Anschliessend kamen wir nach Berdjansk.

Die Kosaken bekamen die allgemeine Marschrichtung nach Jeisk und <sup>suchen dann in der</sup> dann <sup>den Eis des Asowschen Meeres</sup> nach Mariupol. <sup>aber, da das Eis dort nicht geschmolzen war,</sup> Ein Teil von ihnen fiel den Bolschewisten in die Haende. Die uebrigen, die wir mitnehmen konnten, versuchten den Kubanbrueckenkopf zu erreichen oder an das Asowsche Meer <sup>(bei Asow, wo das Eis geschmolzen war)</sup> zu kommen. Ich selbst erreichte Rostow. Es war bereits voellig ueberfuellt. Es gelang mir, auf einer Nebenstrasse zu entkommen. Die Achse meines Wagens war gebrochen. Ich brauchte von Rostow <sup>Tayanny</sup> bis <sup>Dors</sup> Tanagerock 8 Tage. In ~~Tanagerock~~ <sup>Tanagerock</sup> traf ich einen Freund meines Bruder, der mir meinen Wagen reparierte.

Die Fluechtlinge sollte sich in der Ortskommandantur melden. Ich schlug vor, sie in die Nogaische Steppe zu bringen. In <sup>Tayanny</sup> ~~Tanagerock~~ war die Heeresgruppe

Sued. Die Kosaken wurden von den Ortskommandanturen verpflegt und weitergeschickt.

In <sup>Tangermünde</sup> traf ich General <sup>Misraim/kl</sup> ~~Mosinsk~~. Ausserdem erhielt ich Nachricht aus Berlin, dorthin zurueckzukehren. Die Kaukasussache sei erledigt. Ich hatte dort eine Fluggelegenheit, nach Berlin zurueckzukehren, blieb aber bei Kleist.

*Neuer Plan:* Die Kosaken sollten <sup>mit Rössen</sup> in Baranowitsch angesiedelt werden. Es dauerte 2 1/2 <sup>Monate</sup> Jahre bis sie B. erreichten. Sie sind durch Polen gezogen, weil Koch gedroht hatte, ihnen alle Pferde abzunehmen, <sup>und er nicht bestmässig gelassen hätte.</sup>

Bei Schepetowka waren die Kosaken ohne Pferde. <sup>denn die abgenommen waren, hatten gar geblieben</sup> Man versuchte, sie <sup>zum Teil, dass</sup> der Freiwilligen Verbaende zu <sup>mit Verfügung zu stellen</sup> bringen oder zur Arbeit einzusetzen. Gefuehrt wurden die Kosaken vom Verbindungsoffizier der Heeresgruppe Sued, Major Mueller.

Wegen der Kosaken, die in Polen waren hatte sich auch Rosenberg an Greiser gewandt. Sie sollten zum Grenzschutz eingesetzt werden. Sie wollten aber nicht. Sie wurden dann weiter durch Schlesien gefuehrt und <sup>Schrittweise in dem Bereich</sup> sollten in Tolmezo <sup>(nördl. Polens - Italien)</sup> verbleiben. Mueller wurde abgelöst, der bis dahin die Kosaken gefuehrt hatte.

In Schepetowka wurden 5 Btl. Kosaken im Mai/Juni 1943 fuer den Bahnschutz <sup>z.B.</sup> ~~ausgestellt~~ <sup>Feldzug</sup> ~~ausgestellt~~ <sup>Rosse</sup> ~~ausgestellt~~ <sup>ausgestellt</sup>. Sie waren zu Fuss. Sie wurden an der Strecke Schitomir-Rostow <sup>mit wenigen Annehmlichkeiten</sup> verwandt. Sie waren keine guten Soldaten, ~~Sie sind beim Grenzschutz sehr verwildert.~~ Sie versuchten sich selbst Verpflegung zu beschaffen.

Der Einsatzstab Rosenberg sollte vor allem die Archive der Juden und Freimaurer sicherstellen. <sup>Er</sup> Sie hatten die Aufgabe, sofort solche Archive zu besetzen. Der Einsatzstab Rosenberg, <sup>hatsch</sup> Utikal. Spaeter stellte sich heraus,

dass der Einsatzstab Rosenberg weit ueber sein Ziel hinausgeschossen sei.  
 Utikal hatte einen <sup>Vollmacht</sup> Bevollmaechtigten von Goering, ~~der~~ alle Kunstgegenstaende  
 sicherstellen sollte.

Der Einsatzstab arbeitete sehr unterschiedlich, vor allem im Westen. Er wollte  
 vor allem das juedische Vermoegen sicherstellen, vor allem bei Rothschild.  
 Rosenberg wollte in Linz eine hohe Schule eroeffnen mit einem Museum, <sup>in das alle Kunstgegenstaende kommen sollten</sup>  
 Utikal war sehr gewandt, sehr lebhaft.

Frauenfeld draengte Rosenberg bzw. Koch auf Abgabe von Krim. Keine Unter-  
 stuetzung seitens des Heeres, da Koch erkrankt war. Von Braeutigam nur pflicht-  
 gemass aber ohne Nachdruck unterstuetzt, Krim <sup>nur</sup> Donbas ~~nur~~ aus mili-  
 taerischen Gruenden <sup>nur</sup> an die Zivilverwaltung abzugeben. Frauenfeld hatte einen  
 inoffiziellen Vorstoss nach Simferopol gemacht. Er hatte sich dort ein Haus  
 gesichert. Kleist wollte das Haus von Frauenfeld haben und setzte F. raus.  
 Melitopol. Frueherer Gauleiter von Wien. Er war von den Gen ralkommissaren der  
 beste. Koch beschwerte sich ueber Frauenfeld. Rosenberg wurde <sup>aber</sup> der Aufgabe  
 enthoben, <sup>um abzugeben, da Melitopol inzwischen verloren ging</sup>  
 Frauenfeld war sehr gross und sehr hoefflich, weich, wienerisch.

Frauenfeld  
 hat in